

**Rede
zur Einbringung des Haushaltes 2018
und der
Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2018 - 2021**

Stadtkämmerer Hubert Große-Ruiken

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Folie 1



Wir bringen heute den Haushalt 2018 und die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis 2021 ein. Dazu ein kleiner Rückblick. Im letzten Jahr haben wir im Rat lange darum gerungen, was wir angesichts der schlechten Haushaltszahlen für die Infrastruktur tun können. Es ging um mehr technisches Personal, Abbau der Krankenstände, Gesundheitsschutz und vieles mehr.

Die Themen stehen immer noch auf der Tagesordnung. Und eine Lösung für den Abbau des Investitionsstaus gibt es nach wie vor nicht. Im Gegenteil: Sie werden gleich sehen, dass sich die Lage keineswegs entspannt hat. Wir haben nach wie vor kein Geld, um mehr für die Infrastruktur zu tun. Aber es gibt auch das dafür notwendige Personal nicht. Wir werden es auch nicht bekommen, weil es auf dem Markt kein qualifiziertes technisches Personal gibt. Denn alle suchen. Die Wirtschaft sucht, der Bund, das Land, die Kommunen, Straßen.NRW ... Bei diesem Wettbewerb sind wir sogar im Nachteil: wir können bei der Bezahlung nicht mithalten.

Der Markt ist leergefegt. Stellen und Geld allein genügen nicht.

Wir freuen uns über eine boomende Wirtschaft mit sprudelnden Steuereinnahmen. Hier sehen wir die Kehrseite der Medaille.

I. Haushalt 2017

Ich möchte beginnen mit dem Haushalt 2017. Sie erinnern sich, dass der Haushaltsausgleich nur mühsam und knapp gelungen ist.

Auch der Haushaltsverlauf bis 30.06.2017 verlief nicht erfolgversprechend. Unter Punkt 6 der Tagesordnung haben Sie den Bericht zur Haushaltsentwicklung 2017 mit dem Stichtag 30.06.2017 zur Kenntnis genommen. Darin steht, dass wir bis Ende 2017 mit einem Überschuss von knapp 600.000,- € rechnen können; ein Betrag, der nicht sonderlich viel ist und vornehmlich auf Einmaleffekte beruht. Mit Einmaleffekten kann man aber keine solide Haushaltsplanung machen. Und 500.000,- € können sich leider auch schnell wieder in Luft auflösen.

Inzwischen sieht es ein bisschen besser aus, weil ein früher in Dorsten ansässiges Unternehmen rd. 1 Mio. € an Gewerbesteuern nachzahlen muss. Das hat uns die größten Sorgen für 2017 erst mal genommen.

Dieser Vorgang zeigt jedoch, wie abhängig wir von positiven wie negativen Zufällen sein können.

Ich höre unterschwellig die Kritik, ich plane zu konservativ und der Haushalt biete hinreichend Luft, um mehr machen zu können. Ohnehin seien im Jahresabschluss immer bessere Zahlen herausgekommen. Anderswo werde durchaus optimistischer geplant; dass das in Dorsten nicht stattfindet, liege nur am Kämmerer.

Meine Damen und Herren. Ich bin zwar kein Schwabe, sondern ein ins Rheinland ausgebürgertes Westfale, aber vorsichtig bin ich und werde es auch bis zum Ende meiner Amtszeit bleiben. Mein Amt gebietet es mir, Ihnen zu sagen, was aus meiner Sicht finanziell geht und was eben nicht geht. Ihnen steht es frei, ob Sie sich daran halten. Denn Sie haben letztlich das Sagen in der Stadt.

Wichtig sind mir die langfristige Perspektive und die Folgewirkungen: **Nachhaltigkeit eben**. Das einzelne Haushaltsjahr darf man eben nicht, wie es oft passiert, isoliert betrachten. Einzelne gute Jahre können Strohfeuer sein. Aber was hilft uns ein Strohfeu-

er? Man kann nicht in einem Jahr, möglichst vor Wahlen, Handsalben verteilen, um sie im nächsten Jahr wieder einzukassieren. Das ist unsolide. Ich lehne das ab.

Ich halte es vielmehr für meine Pflicht, dass ich es Ihnen zumute, in einem städt. Haushalt auch mal Überschüsse zu ertragen. Ich kann nicht kurzfristige Spielräume für langfristige Verpflichtungen nutzen.

Ich werbe immer für Reserven, die man dann einsetzen kann, wenn es eng wird. Omas Sparbuch ist auch für eine Kommune ein probates Mittel. Denn das Wohl oder Wehe des Haushaltes ist von so vielen Schräubchen und Zufälligkeiten abhängig, dass ich sie gar nicht aufzählen kann. Und nicht immer geht alles gut!

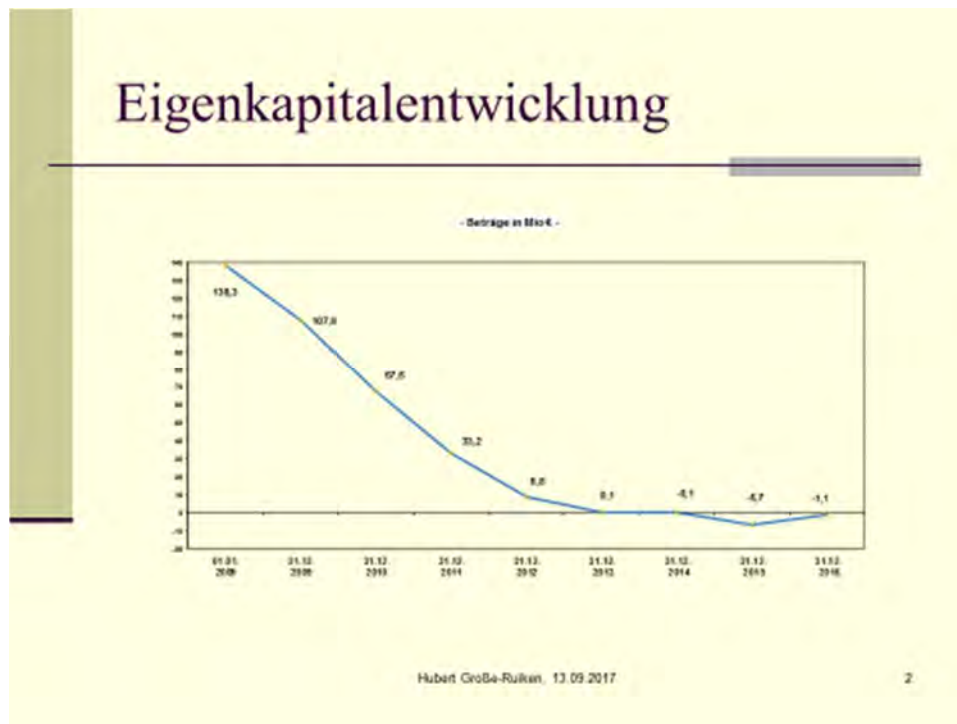
In der Auseinandersetzung um die Agathaschule wurde auch das Argument verwendet, Geld dürfe für die Zukunft unserer Kinder keine Rolle spielen. Das Argument höre ich aber von allen, wenn es darum geht **eigene** Interessen durchzusetzen. Geld ist sicherlich nicht alles, aber ohne Geld, meine Damen und Herren, ist alles nichts. Schulden machen ist einfach; aber das Zurückzahlen künftigen Generationen zu überlassen, ist kurzsichtig und ebenfalls keine Politik für die Zukunft unserer Kinder.

Wir mahnen ständig – zu Recht – an, das Bund und Land uns für unsere Aufgaben mehr Geld zur Verfügung stellen müssen. Wenn es trotz der eigenen Sparsamkeit nicht reicht, dann dürfen wir solche Forderungen zu Recht stellen. Wenn wir aber selbst nichts mehr gegen unsere Not tun, verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit.

II. Eigenkapital

Wie wichtig Reserven sind, zeigt der Blick auf das Eigenkapital. Das Eigenkapital ist nichts anderes als Omas Sparbuch, das man anzapfen kann, wenn man in Not gerät.

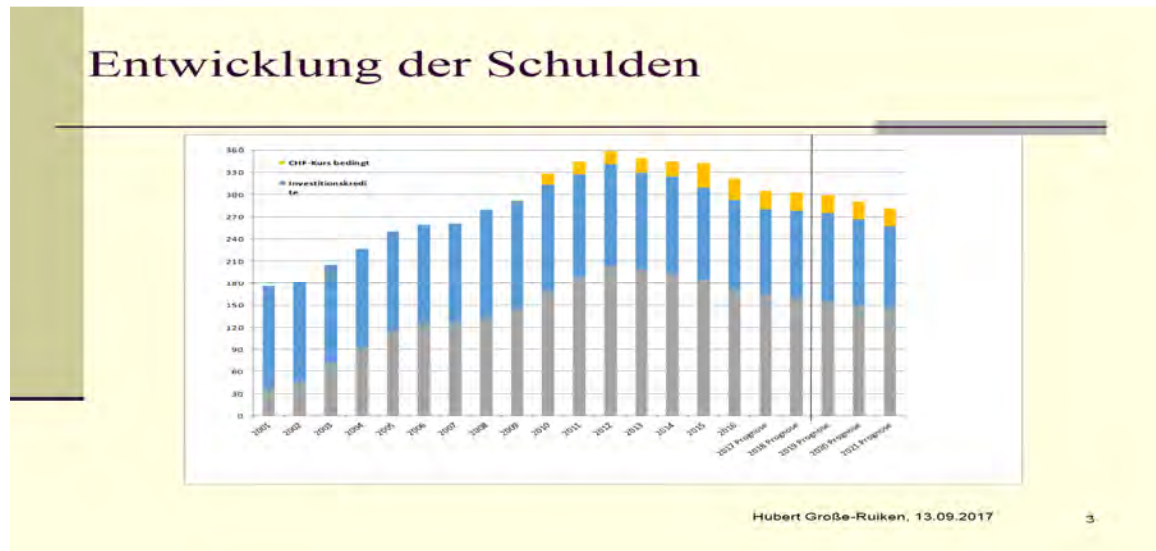
Ein Blick auf die Jahresabschlüsse zeigt, aus welcher dramatischen Lage wir kommen und was wir inzwischen für die Haushaltssanierung getan haben.



Das Eigenkapital hat in 2015 zwar mit – 6,7 Mio. € einen Tiefpunkt erreicht, aber der Eigenkapitalverzehr hat sich seit 2012 dank des Stärkungspaktes deutlich verlangsamt. In 2016 haben wir dann die Trendwende geschafft und mit einem Überschuss von 5,6 Mio. € das negative Eigenkapital wieder weitgehend abgebaut. Nach dem jetzigen Stand des Haushaltsverlaufes liegt es im Bereich des Möglichen, dass wir Ende 2017 wieder bei Null sind. Wir sind dann nicht mehr bilanziell überschuldet und können darüber nachdenken, Reserven für die Zukunftsaufgaben der Stadt aufzubauen, beispielsweise für die Sanierung der Infrastruktur. Die Stadt benötigt aber auch dringend eine Reserve für Haushaltsschwankungen, weil sie ab 2021 ihre Haushalte ohne Konsolidierungshilfe und ohne Kassenkredite ausgleichen muss. Im früheren Haushaltsrecht war eine Pflichtrücklage als Liquiditätsreserve Vorschrift. Davon sind wir weit entfernt; aber eine bilanzielle Rücklage als Vorsorge für schlechtere Zeiten täte uns sicher gut und würde es uns ersparen, unter Umständen unverhofft vor einer neuen Sparrunde zu stehen.

III. Verschuldung

Ein Spiegelbild des Eigenkapitalverzehrs ist die Verschuldung. Ein wichtiger Baustein unserer Haushaltssanierung ist daher der Abbau der Verschuldung.



Beim Schuldenabbau haben wir in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht, auch wenn uns das Kursproblem des Schweizer Franken bei den Rückzahlungsverpflichtungen trotz des inzwischen wieder etwas besseren Kurses noch drückt. Die Investitionskredite sind seit 2009 um 32 Mio. € gesunken; die Liquiditätskredite haben wir seit dem Höchststand in 2012 in ähnlicher Höhe zurückgeführt. Den Abbau müssen wir fortsetzen, meine Damen und Herren. Auch das gebietet uns die Generationengerechtigkeit.

Ich höre natürlich die Diskussion im Rat und in der Öffentlichkeit, wo von „Kaputtsparen“ und einem Verteufeln der schwarzen Null“ die Rede ist. Die niedrigen Zinsen sprechen ja auch dafür, jetzt zu investieren, statt zu sparen.

Ökonomen raten jedoch davon ab! Die Volkswirte und das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, immerhin aus dem Jahre 1967 – manche meinen deshalb, das sei ein alter Hut - raten alle dazu, dass der Staat dann investieren sollte, wenn die Wirtschaft lahmt. Also in guten Zeiten Schulden tilgen und in schlechten Zeiten mit Schulden investieren! Ein aus meiner Sicht einfaches wie zutreffendes Rezept.

Wir tun im Moment aber genau das Gegenteil: Wir heizen eine boomende Wirtschaft mit immer neuen Förderprogrammen, wie sinnvoll sie auch sein mögen, noch weiter an und werden erleben, dass wir für unser Geld dann weniger bekommen, als vorher. Zudem kann die Wirtschaft die Aufträge der öffentlichen Hand gar nicht mehr umsetzen. Wir können etliche Millionen in den städt. Haushalt einsetzen und auch Stellen einrichten. Wir werden dieses Geld jedoch nicht ausgeben können. Denn es gibt auf dem Markt keine Ingenieure, Rohrleitungsbauer, Dachdecker-, Fliesen- und Installationsbetriebe mehr, die Kapazitäten für Aufträge haben. Und schon gar nicht in den Sommerferien,

weil dann einerseits Urlaubszeit ist, aber dann in den Schulen innerhalb von 6 Wochen alle sanitären Anlagen renoviert werden müssen. Außerhalb der Sommerferien wäre es günstiger; aber niemand ist bereit, die damit verbundenen Einschränkungen hinzunehmen!

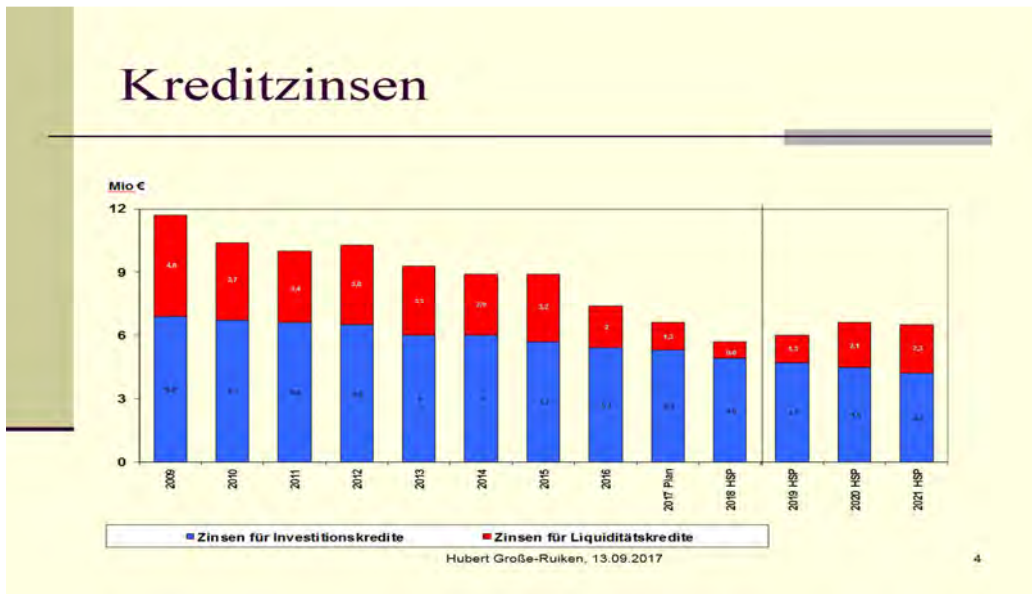
Die Preise im Bausektor steigen momentan so stark wie lange nicht mehr.

Wir sollten deshalb nicht den Fehler machen, zur Reparatur unserer Infrastruktur auf Teufel komm raus zu investieren und dafür Kredite aufnehmen. Wir können nicht in 6 Jahren alles abarbeiten, was über mehr als 30 Jahre versäumt und verschoben werden musste. Wir haben alle Hände voll zu tun, um die 20 Mio. € an Fördergeld, die wir für die städt. Gebäude bis 2022 bekommen, zu verbauen. Bis 2020 wollen wir zudem 30 Mio. € für „Wir machen Mitte“ umsetzen und 7 Mio. € für die Verlegung der Agathaschule aufwenden. Soviel Geld haben wir seit Jahren nicht mehr investiert! Wer soll das schaffen?

Satteln wir deshalb jetzt nicht noch drauf, sondern bleiben besonnen. Wir müssen gar kein schlechtes Gewissen haben. Denn wir tun bis 2022 eine Menge an der Infrastruktur, das beweist der vorliegende Haushalt deutlich. Aber wir können nicht alles auf einmal. Haben wir deshalb auch ein wenig Geduld.

Und lassen Sie uns das Pensum schaffen, ohne in die Fehler der früheren Jahre zurückzufallen und die Lösung der damit verbundenen Finanzprobleme der nachfolgenden Generation zu überlassen.

Und bleiben wir beim Tilgen. Wenn wir jetzt nicht tilgen, dann wird uns der Zinsanstieg einholen. Die Zinsen werden dann das auffressen, was wir besser in die Infrastruktur stecken könnten. Wir schaffen später mit gleichem Geld mehr, als heute, müssen aber den Mut zur Geduld haben. Ich spüre Ungeduld überall und allenthalben. Diese Triebfeder ist ein schlechter Ratgeber; sie begünstigt auch Fehlentscheidungen!



Ein Blick auf die Zinsen zeigt, dass uns neben den Steuereinnahmen das Zinstief den Haushalt rettet und wir deshalb gar keine Spielräume haben, neue Kredite zu finanzieren.

Die 165 Mio. € Kassenkredite kosten uns im nächsten Jahr rd. 800.000,- € an Zinsen, das sind im Durchschnitt 0,5%. Für über die Hälfte der Kredite bezahlen wir aber z. Z. überhaupt keine Zinsen mehr. In 2021 rechnen wir mit Kreditzinsen von 2,3 Mio. €. Moderate Zinserhöhungen bis auf 2% werden deshalb unseren Haushalt nicht gefährden; allerdings nur dann, wenn wir den Kreditabbau fortsetzen. Der Schuldenabbau sichert deshalb unsere Handlungsfähigkeit.

In den letzten Wochen war mehrfach zu hören, dass das Land NRW nach einer Lösung der Altschuldenproblematik für die Kommunen sucht. Diese Suche ist richtig und wichtig für uns. Dies könnte den ein oder anderen aber dazu verleiten, den Schuldenabbau nicht so ernst zu nehmen. Zwar ist z. Z. noch nicht klar, ob und wie ein Altschuldenfonds aussehen wird. Klar dürfte aber sein und darin sind sich alle einig, dass es diesen Fonds für die Kommunen nicht zum Nulltarif geben wird. Dabei wird es einerseits um die Bedienung des Schuldendienstes für den Fonds gehen (wer zahlt wieviel). Viel entscheidender ist aber, dass es dann anschließend kein Zurück zu neuen Schulden geben darf. Der Altschuldenfonds wird deshalb untrennbar mit dem Verbot einer Neuverschuldung einhergehen müssen. Dies erfordert eine langfristig ausgerichtete Haushaltspolitik mit ihren Höhen und Tiefen. Ich glaube, das ist nicht jedem bewusst. Aber diese Verknüpfung ist unbedingt notwendig, damit wir nicht in 20 Jahren wieder da stehen, wo wir heute sind.

IV. Stand des Haushaltssanierungsplanes

Bevor ich zum Haushalt komme, müssen wir uns mit den HSP-Maßnahmen beschäftigen. Dies aber nur kurz, denn der Status ist erfreulich:

Wir sind mit den schmerzhaften Entscheidungen durch. Insofern hoffe ich, dass die noch vor uns liegenden Jahre der Haushaltssanierung – zumindest was die Maßnahmen betrifft – unspektakulär verlaufen.

Folie 5

Status der HSP-Maßnahmen

| Status | Anzahl | Zielvolumen 2021 | in % | |
|---------------------------------------|------------|----------------------|-------------|----------|
| abgeschlossen | 152 | 7.510.900,00 | 37,20% | } 98,91% |
| Steuererhöhungen | 10 | 8.786.900,00 | 43,52% | |
| planmäßig verlaufend | 21 | 1.373.788,00 | 6,80% | |
| Zinseinsparungen | 1 | 2.298.400,00 | 11,38% | |
| neue Maßnahmen | 1 | - | 0,00% | } 1,09% |
| noch nicht begonnen | 8 | 200.500,00 | 0,99% | |
| aufgegebene oder veränderte Maßnahmen | 28 | - | 0,00% | |
| nicht planmäßig verlaufend | 1 | 20.000,00 | 0,10% | |
| gesamt | 222 | 20.190.488,00 | 100% | |

Hubert Große-Ruiken, 13.09.2017 5

Betrachtet man den Umsetzungsstand, so sind nach sechs von zehn Jahren Haushaltssanierung über 98% des Pensums geschafft. Ich denke, das ist eine stolze Leistung, meine Damen und Herren. Wir reden nur noch über 1,1% des Zielvolumens oder knapp 220.000,- €, die es umzusetzen gilt. Das wird uns sicherlich keine Kopfschmerzen bereiten.

Für 2018 müssen wir auch nur eine Maßnahme vom Betrag her anpassen. Insofern werden wir uns mit dem HSP in den kommenden Wochen nicht ernstlich beschäftigen müssen.

HSP-Ziele versus HSP-Status

| Jahr | Zielwert 2021 | Status | kompensiert durch höhere Konsolidierungshilfe | offen/ Ziel erreicht |
|------|---------------|------------|---|-------------------------|
| 2017 | 19.405.928 | 17.071.588 | 2.334.340 | 0 |
| 2018 | 20.244.188 | 17.868.088 | 2.376.100 | 0 |
| 2019 | 21.169.488 | 18.595.788 | 2.573.700 | 0 |
| 2020 | 22.040.005 | 19.310.405 | 2.729.600 | 0 |
| 2021 | 23.038.588 | 20.190.488 | 2.848.100 | 0 |

Hubert Große-Ruiken, 13.09.2017

8

An dieser Tabelle können Sie sehen: es bleibt nichts offen!

V. Haushaltsentwurf 2018

Kommen wir nun zum Haushaltsentwurf 2018.

Im Gegensatz zum letzten Jahr habe ich heute keine unliebsamen Nachrichten von den Umlageverbänden für Sie. Unser Haushaltsentwurf deckt sich mit den Zahlen des Kreises. Allerdings gilt es beim Kreis noch nachzuarbeiten, weil der Kreis die Ziele des letzten Jahres erneut überschreitet. Doch dazu gleich mehr, wenn ich über die Kreisumlage spreche.

Gleichwohl habe ich im Moment noch keine frohe Botschaft für Sie. Wir können den Haushalt in der vorgelegten Fassung noch nicht beschließen, weil er für das Jahr 2018 noch einen Fehlbedarf von knapp 700.000,- € aufweist.

Folie 7

Fehlbedarfsentwicklung Haushaltsentwurf 2018

| Jahr | Fehlbedarf (-) Überschuss lt. HSP 2017 | Entwurf Haushalt 2018 | Differenz |
|------|--|--------------------------|-------------|
| 2017 | 240.634 € | | |
| 2018 | 244.620 € | -672.250 € | -916.870 € |
| 2019 | 52.121 € | 687.732 € | 635.611 € |
| 2020 | 1.278.827 € | 1.407.805 € | 128.978 € |
| 2021 | 56.238 € | 1.806.277 € | 1.750.039 € |

Hubert Große-Ruiken, 13.09.2017 7

Wir müssen also noch etwas tun. Es bleibt nämlich eng. Wir können keine zusätzlichen Personal- und Sachkosten schultern oder Zuschüsse erhöhen. Das will sorgsam abgewogen sein und muss langfristig finanzierbar bleiben.

Ich bin mir aber sicher, dass Rat und Verwaltung bis zur Verabschiedung des Haushaltes im November 2017 einen Weg finden, um das Loch für 2018 noch zu stopfen. Und das müssen wir auch, weil die Bezirksregierung die Auszahlung der Konsolidierungshilfe für 2017 zurückgestellt hat und sie erst dann überweist, wenn unser Haushalt genehmigungsfähig ist. Wir müssen also ein Interesse haben, den Ausgleich möglichst schnell hinzubekommen.

Ich hoffe deshalb, dass wir, wenn wir den Haushalt 2018 im November beschließen, folgendes Fazit ziehen können.

Folie 8

Fazit

- **Alle Haushalte bis 2021 sind ausgeglichen!**
- **Wir schaffen das Ziel auch für 2018 und üben Zurückhaltung!**
- **Wir müssen die Steuersätze nicht erhöhen!**
- **Wir müssen keine neue Sparrunde einläuten!**

Hubert Große-Ruiken, 13.09.2017 8

Alle Haushalte bis 2021 sind ausgeglichen.

Wir schaffen das Ziel auch für 2018 und üben dafür Zurückhaltung.

Wir erhöhen nicht die Steuersätze.

Wir läuten keine neue Sparrunde ein.

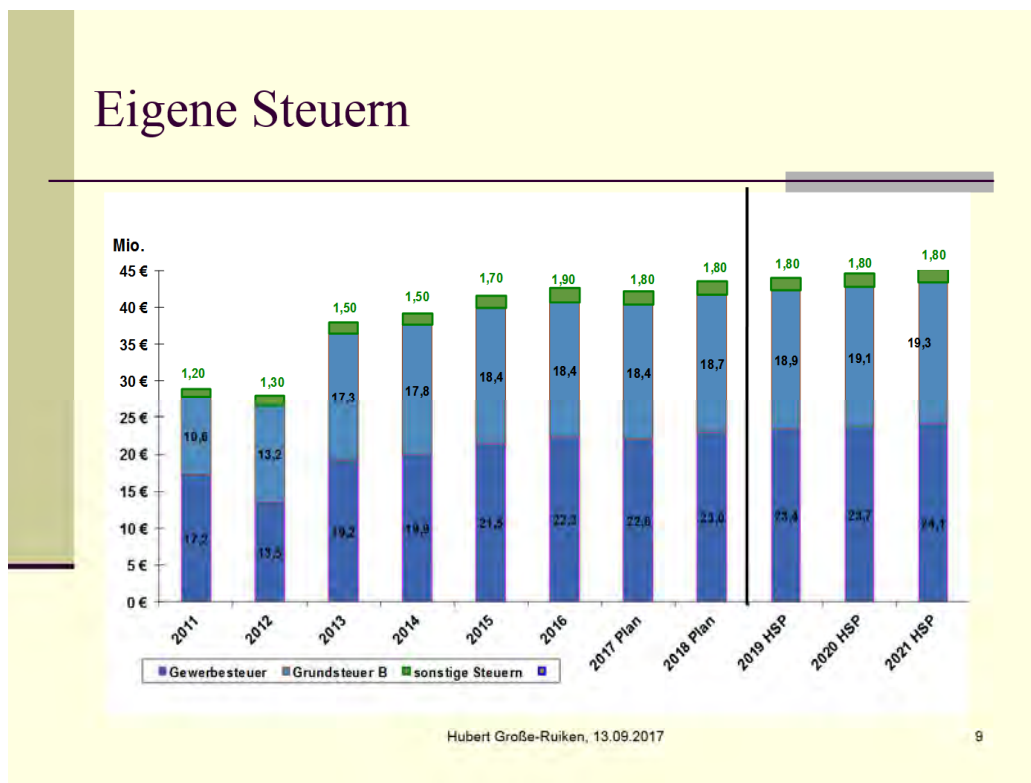
Meine Damen und Herren, wir haben im letzten Jahr einen wesentlich steinigern Weg erfolgreich zurückgelegt. Wir werden das auch in diesem Jahr wieder schaffen. Den ersten Baustein für den Haushaltsausgleich haben wir soeben mit dem Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses des Entsorgungsbetriebes bereits gelegt.

Kommen wir nun zu den wichtigsten Positionen im Haushalt.

V.1. Steuern und allgemeine Zuweisungen

Erster Punkt sind, wie gewohnt, die Steuereinnahmen.

Folie 9



Von der Steuerfront kann ich nur Gutes berichten. Die Steuereinnahmen sind solide, verlässlich und steigen jedes Jahr stärker, als es in den Prognosen stand. Ohne diese Steuereinnahmen wäre die Haushaltssanierung nicht möglich! Wer hätte das in 2012 so gedacht? Ich habe an die damaligen Prognosen jedenfalls nicht geglaubt. Dass sie sogar deutlich übertroffen werden, war Utopie.

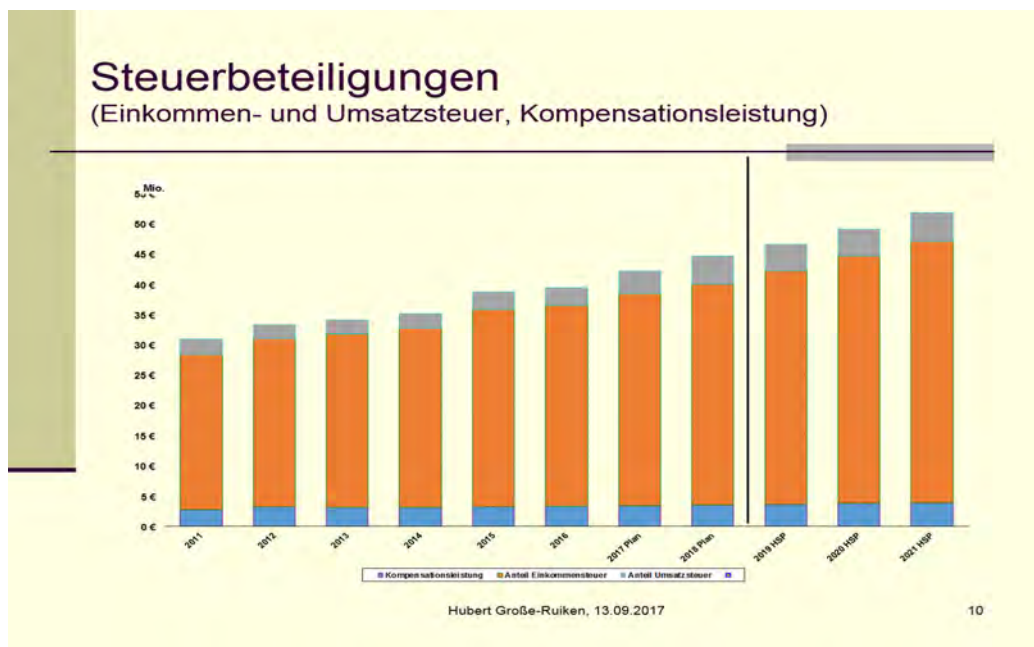
Die **Gewerbesteuer** hat seit 2013 stabile Wachstumsraten und die Ergebnisse waren immer deutlich besser als die Planung. Wir können deshalb den Ansatz für 2018 gegenüber der Planung 2017 nochmals um 1 Mio. € erhöhen.

Auch die Grundsteuern verlaufen erfreulich gut. Hier habe ich die Einnahmeerwartungen um 320.000,- € erhöht.

V. 2. Steuerbeteiligungen

Bei den **Steuerbeteiligungen** werden wir in 2018 rd. 40.000 € **weniger** erhalten, als in den ursprünglichen Prognosen.

Folie
10



Man sieht; es kann auch mal wieder weniger werden.

Meine Damen und Herren, wir haben Wahlkampf. Ich konnte in den letzten Wochen Diskussionen im Fernsehen verfolgen, bei denen die Bundespolitiker mit milliarden-schweren Wohltaten nur so um sich geworfen haben. Entsprechend groß sind die Erwartungen. Sparen kommt dabei nicht vor, obwohl der Bund ebenfalls guten Grund zum Sparen hätte. Wenn die Zinsen steigen, dann nicht nur in Dorsten.

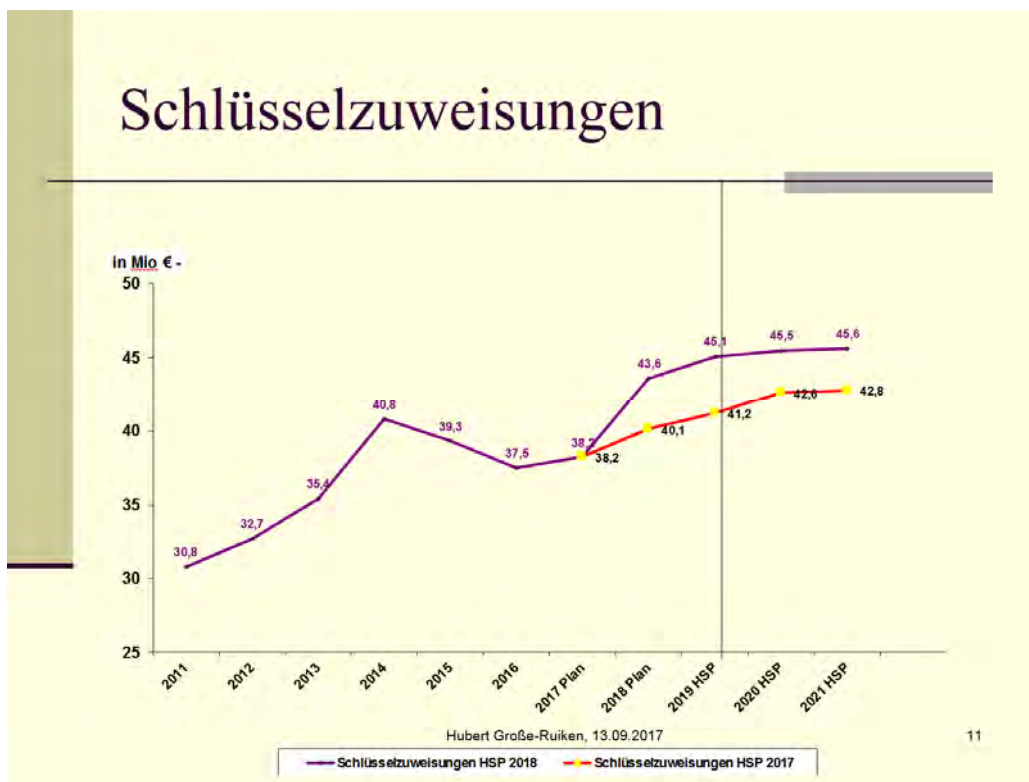
Besonders argwöhnisch bin ich bei den Steuersenkungsplänen. Erinnern Sie bitte Ihren Bundestagskandidaten daran, dass die Steuersenkungen in Berlin die Steuererhöhungen in den NRW-Kommunen sind. Denn die Steuersenkungspläne in Berlin müssen wir über einen geringeren Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer und

geringere Schlüsselzuweisungen mitbezahlen. Das können wir nicht! Wir würden auch gerne die Grundsteuer senken, können das aber nicht. Daher wird Dorsten das, was Berlin den Bürgern gibt, den Dorstener Bürgern über eine Grundsteuererhöhung wieder nehmen müssen. Berlin mag die Steuern senken, dann aber bitte mit einem Ausgleich für die Kommunen.

V.3. Schlüsselzuweisungen

Bei den Schlüsselzuweisungen war ich überrascht, als die erste Proberechnung erschien. Wir bekommen 3,5 Mio. € mehr als eingeplant, obwohl unsere Steuerkraft gestiegen ist.

Folie 11



Schaut man sich jedoch die Parameter an, so ist das Ergebnis weniger überraschend, aber eben für eine Kommune nicht im Voraus kalkulierbar:

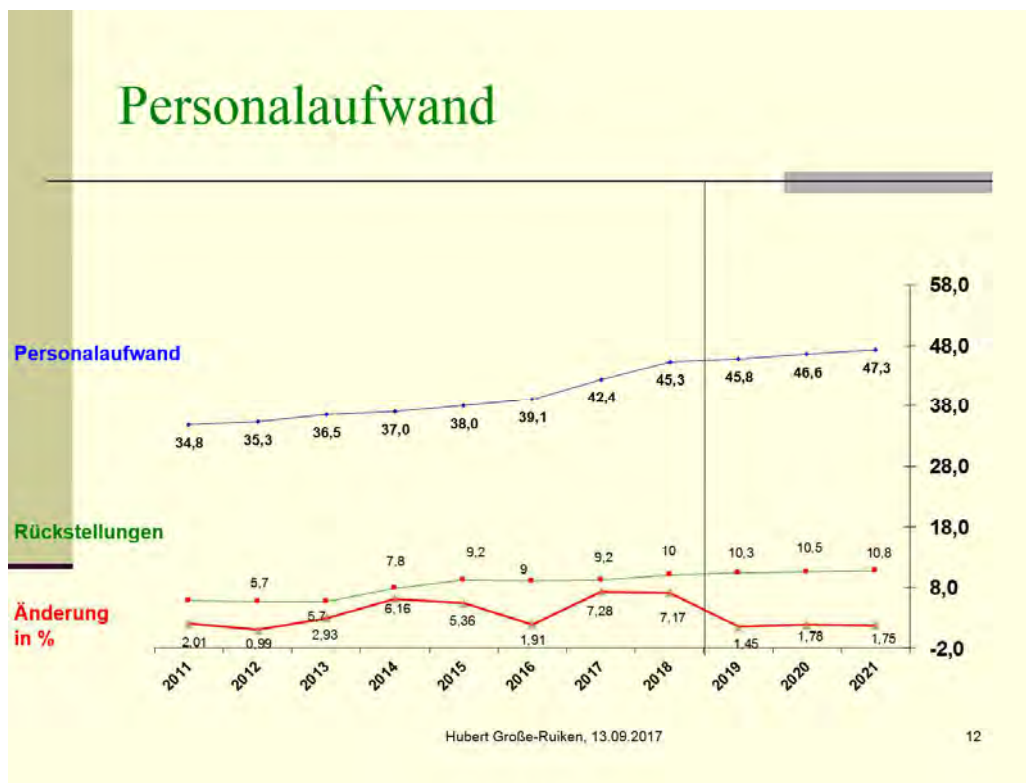
- a) dass der Verteilungstopf deutlich voller ist, wussten wir. Insb. wird das Land 20% der 2018 wirksam werdenden Bundesentlastung von 1 Mrd. € über die Schlüsselzuweisungen verteilen. Das tut den steuerschwachen Kommunen gut. Dass er aber um 7,8% wächst, habe ich nicht erwartet. Dieser Wert kann sich im Übrigen noch ändern, weil Stichtag für die Berechnung der 30.09.2017 ist. Mit einer wesentlichen Änderung rechne ich aber nicht.

- b) Die Verteilungskriterien bleiben gegenüber dem Vorjahr gleich.
- c) die Steuerkraft in Dorsten ist um 4,52% gestiegen; im Land NRW sind es aber 9,48%.

V.4. Personalaufwendungen

Bei den **Personalaufwendungen** rechnen wir bereits seit mehreren Jahren mit einer Steigerung von jährlich 2%, obwohl uns die Orientierungsdaten des Landes eigentlich 1,0% verordnet haben.

Folie 12



Der Rest, so ist die Auffassung des Landes, muss dann durch Personalabbau, Wiederbesetzungssperren und ähnliches eingespart werden. Das tun wir aber bereits seit Jahren. Die obenstehenden Personalausgaben sind nämlich nicht 100%, sondern nur 95% unseres Aufwandes. Wir ziehen bereits seit Jahren mit dem Faktor der sog. „personalwirtschaftliche Maßnahmen“ 5% von den Ansätzen ab. Wir haben also permanent rd. 40 Vollzeitstellen unbesetzt, sei es durch Fluktuation oder Langzeitkranke.

Die Entwicklung der Personalaufwendungen macht mir trotzdem Sorgen. Wir sparen im Moment kein Personal ein, sondern stocken auf. Die Personalausgaben steigen in 2018 um 3 Mio. € mehr an, als wir das in 2017 für 2018 geplant hatten. Würden wir nicht die

hohen zusätzlichen Schlüsselzuweisungen bekommen, könnten wir diesen Aufwand gar nicht stemmen.

Sorge bereitet mir vor allem, dass der mittel- und langfristige Aspekt zu kurz kommt. Denn wir können das Personal, das wir einmal haben, nicht so schnell wieder abbauen, wie zuweilen die Einnahmen sinken. Wir müssen also höllisch aufpassen, dass wir nicht angesichts von vermeintlich guten Haushaltszahlen Verpflichtungen eingehen, von denen wir uns nur schlecht wieder lösen können. Wenn wir alles sofort erledigen sollen und die Ungeduld groß ist, benötigen wir zusätzliches Personal temporär. Gutes Personal ist aber temporär nicht zu bekommen. Und es ist auch noch da, wenn das Geld fehlt, um noch etwas umzusetzen, weil gutes Personal mit befristeten Arbeitsverträgen nicht zu bekommen ist. Das ist eine Gratwanderung, meine Damen und Herren.

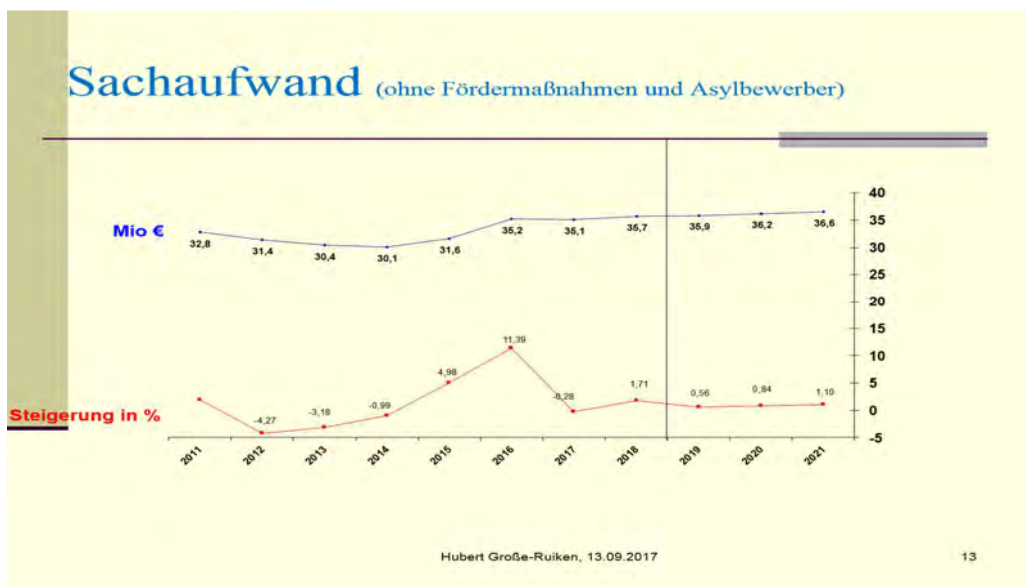
Ich mahne deshalb auch hier, mehr Geduld zu haben.

V.5 Sachaufwand

Der lfd. Sachaufwand steigt in 2018 moderat an. Ein besonderer Mehraufwand entsteht durch zwei große einmalige Effekte:

Zum Einen beabsichtigt die Deutsche Bahn, die Straßenkreuzungen umzurüsten. Daran müssen wir uns nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz mit 1,3 Mio. € beteiligen. Da es sich um Bahneigentum handelt, ist die für die Stadt Aufwand und keine Investition.

Folie 13



Des Weiteren habe ich für die geplanten Schulveränderungen im Dorstener Süden einen Betrag in Höhe von 700.000,- € vorgesehen, der nicht den Investitionen zuzurechnen ist.

Lässt man die Sondereffekte weg, steigt der Sachaufwand nur um 240.000,- € oder 0,7%. Daran sehen Sie, dass wir keine höheren Aufwendungen für den Abbau des Investitionsstaus, soweit er Erhaltungsaufwand ist, planen. Dafür haben wir nämlich das Geld und das Personal nicht. Das, was wir bis 2022 machen können, sind Investitionen.

V.6. Kosten für Asylbewerber

Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen ist allgemein bekannt.

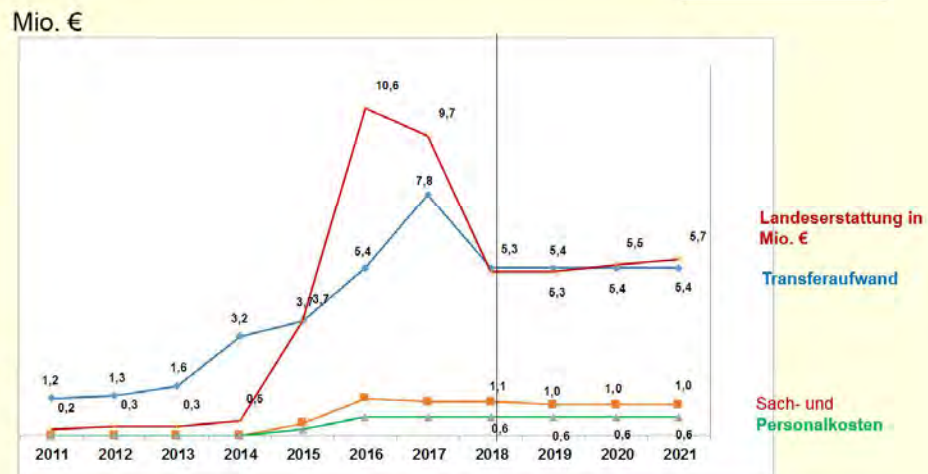
Wir haben wegen der Flüchtlinge, und das halte ich als Signal nach draußen für sehr wichtig, keine Haushaltsprobleme! Die Kostenerstattung von 10.800,- € je Flüchtling und Jahr, die es in 2018 gibt, deckt unsere Kosten. Allerdings nur für die Personen, die im Verfahren sind. Für die abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerber gibt es vom Land nichts. Wenn wir die Kosten, die bei uns hängen bleiben, senken wollen, müssen wir also alle möglichen Anstrengungen unternehmen, uns von den abgelehnten Asylbewerbern wieder zu trennen. Das wird nicht jedem gefallen.

Uns hilft auch die Zentrale Unterbringungseinheit im ehemaligen Petrinum. Neben der Platzanrechnung haben wir auch mittelfristig Planungssicherheit, haben eine Nutzung für das Gebäude, vermeiden Stillstandskosten und können in Ruhe die Nachfolgenutzung des Areals vorbereiten.

Im Haushalt haben wir uns finanziell auf die Unterbringung von 550 Flüchtlingen eingerichtet; davon 200 Personen ohne Landeserstattung. Das macht in der Einnahme 5,3 Mio. € und in der Ausgabe 7 Mio. € aus.

Folie 14

Kosten für Asylbewerber



Hubert Große-Ruiken, 13.09.2017

14

V.7. Jugendhilfe

Große Sorgen haben uns bisher die Kosten der Jugendhilfe bereitet.

Folie 15

Jugendhilfe



Hubert Große-Ruiken, 13.09.2017

15

Der Verlauf des Jahres 2017 verheißt jedoch Hoffnung. Die Kosten scheinen sich – wenn auch auf hohem Niveau – zu stabilisieren. Wir hoffen, dass die in den Verträgen mit den Leistungsanbietern eingebaute Kostenbremse greift.

Wir müssen auch nach wie vor ein kritisches Auge auf die Anbieter der Jugendhilfe werfen, die die Kapazitäten gerne ausdehnen möchten, wenn man sie lässt und sie geeignete Immobilien finden. Die Jugendhilfe ist eben ein Markt, wo man Geld verdienen

kann und von dem jeder eine Scheibe abhaben möchte. Wir haben uns im Rathaus vorgenommen, den Jugendhilfeträgern hierbei keine Hilfestellungen zu leisten.

Des Weiteren haben wir im Jugendamt organisatorische Verbesserungen auf den Weg gebracht, die hoffentlich zu einem besseren Controlling und Fallmanagement führen. Keinesfalls dürfen wir die Hände in den Schoß legen und die Kosten der Jugendhilfe als „unvermeidlich und gottgegeben“ akzeptieren oder gar tabuisieren.

VI. Umlagen

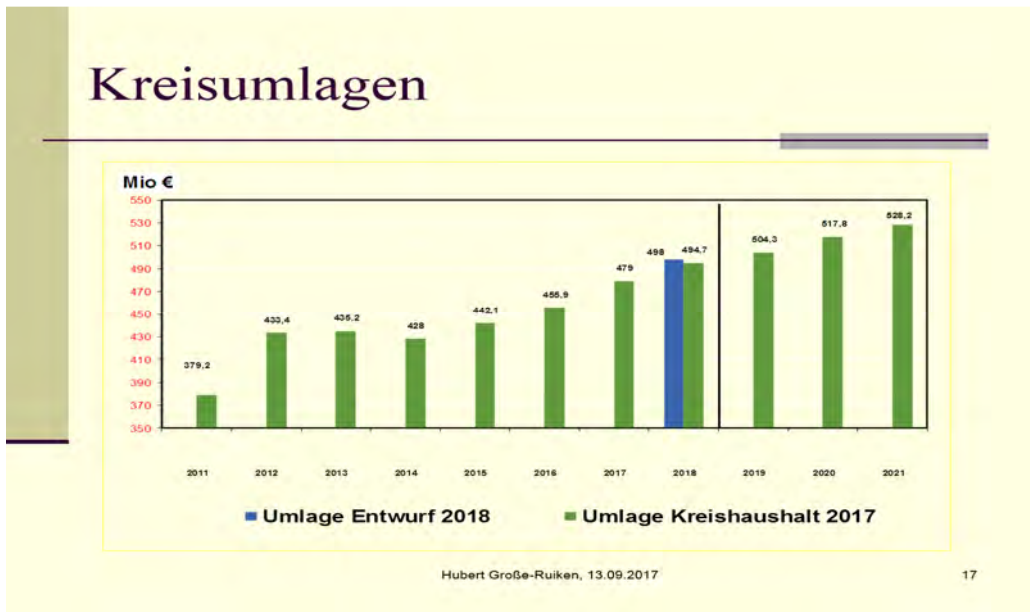
Die Landschaftsumlage hat bei den letztjährigen Haushaltsberatungen eine zentrale Rolle gespielt. Diese Diskussion hat sich gelegt, seitdem der Landschaftsverband angekündigt hat, den Hebesatz von 17,4 auf 16,2 Punkte zu senken.

Folie 16



Diese Senkung ist ein wichtiger Baustein dafür, dass wir den Haushaltsausgleich schaffen und zum Ziel kommen. Immerhin muss der Kreis nun 5,1 Mio. € weniger an den LWL überweisen, als dies in der bisherigen Finanzplanung stand.

Wer nun aber geglaubt hat, dass sich diese 5,1 Mio. € als Entlastung für die Kommunen im Haushaltsentwurf des Kreises für 2018 wiederfinden, der irrt.



In der Finanzplanung des Kreises aus dem letzten Jahr sollte die gesamte Zahllast der Städte in 2018 rd. 494,6 Mio. € betragen. Zieht man davon die geringere LWL-Umlage ab, müssten in 2018 noch 489,5 Mio. € zu Buche schlagen. Lt. Haushaltsentwurf des Kreises sind es jedoch 498 Mio. €, also 8,5 Mio. € mehr.

Die Entlastung des LWL kommt also bei uns gar nicht an, sondern landet im Kreishaushalt. Hier gilt es aus Sicht der Städte noch deutlich nachzubessern.

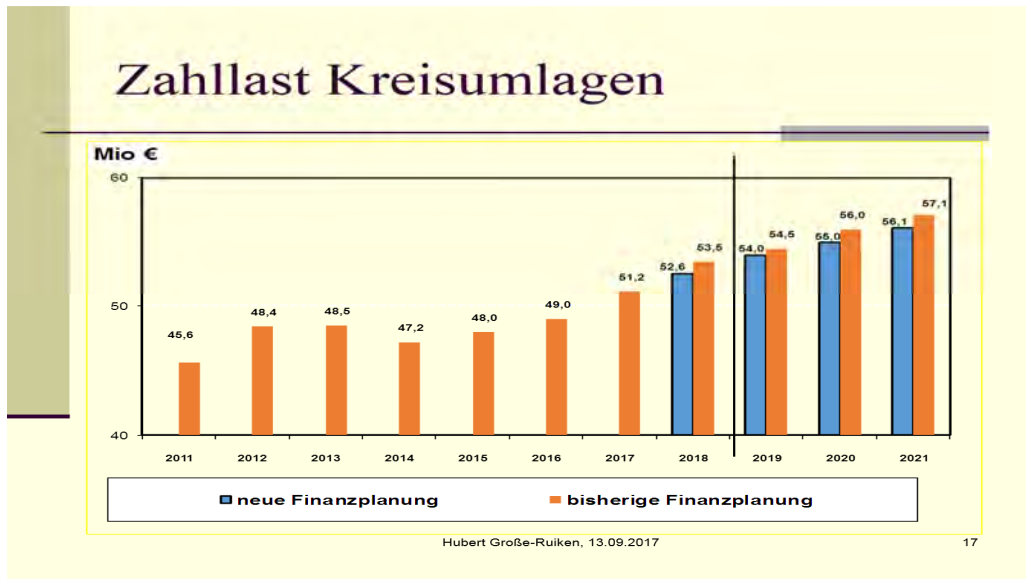
Sorge bereitet den Städten im Kreis vor allem die Personalpolitik des Kreises. Lt. Entwurf des Kreishaushaltes sollen dort 100 neue Stellen, Kostenpunkt 5,4 Mio. €, geschaffen werden. Davon sind ca. 40% refinanziert. Eine Umsetzung des Personalfluktuationkonzeptes des Kreises kann ich darin nicht erkennen. Mir ist nicht klar, ob wir dauerhaft in der Lage sind, diesen Personalaufwuchs zu finanzieren.

Zum Schluss, aber erst nach weiteren Sparrunden beim Kreis, muss sich der Kreis fragen lassen, ob er ein Eigenkapital von 63 Mio. €, das er Ende 2016 hatte, benötigt. Ein Umlageverband, der seinen Haushalt immer ausgleichen kann, benötigt kein hohes Eigenkapital, weil er den Schwankungen der städt. Haushaltswirtschaft nicht unterliegt, sondern sich über die Umlagen immer das holen kann, was er braucht. Die Kreisverwaltung selbst hat in den vergangenen Jahren erklärt, ein Eigenkapital von 10 Mio. € sei völlig ausreichend.

Der Kreis sollte also Eigenkapital aus seinem Sparschwein einsetzen, um Haushaltschwankungen auszugleichen. Insb. sollte der Kreis Wert darauf legen, dass seine Finanzplanung für die Städte verlässlich ist. Die Städte können nicht innerhalb von weni-

gen Wochen neue Sparprogramme aus dem Boden stampfen, weil die Umlageverbände mit dem Geld nicht auskommen.

Folie 18

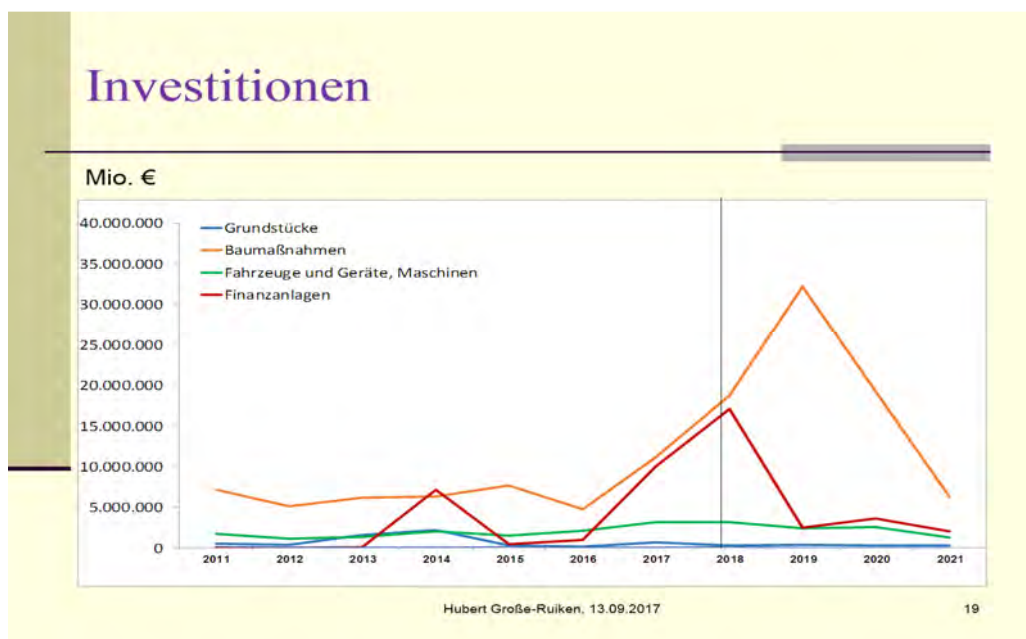


Paradox mutet es an, dass in Dorsten, obwohl die Forderungen des Kreises steigen, die Kreisumlage sinkt. Dies hat damit zu tun, dass die städt. Umlagegrundlagen seit Jahren beständig geringer werden, weil die anderen Städte einen höheren Steuerkraftzuwachs haben als wir. Dadurch sinkt unser prozentualer Anteil. Aber auch die gute Arbeit des Jobcenters macht sich bezahlt. Wir haben weniger Bedarfsgemeinschaften als im Kreisdurchschnitt.

VII. Investitionen

Ich habe oben dargestellt, dass wir trotz aller finanziellen Schwierigkeiten in den nächsten Jahren viel für unsere Infrastruktur tun wollen.

Folie 19



Die Grafiken über die Investitionen zeigen für 2017 bis 2020 deutliche Ausschläge nach oben. Neben den üblichen Investitionen in Kanal- und Straßenbau finden sich das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Teil 1, die Gute Schule 2020, Wir machen Mitte, die Sekundarschule, der Neubau des Kindergartens Holsterhausen und die Verlegung der Agathaschule mit 52 Mio. € im Investitionshaushalt wieder. Noch nicht eingerechnet ist die zweite Hälfte des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes mit weiteren 5,5 Mio. €, das bis 2022 läuft. Hier müssen Rat und Verwaltung über die Verwendung der Mittel noch beschließen.

Die Umsetzung der Programme wird der Stadt gut tun, bedeuten aber eine Kraftanstrengung.

Vorsorge im Investitionshaushalt wurde auch getroffen für den Kauf des Gasnetzes, sofern die DNG die Gaskonzession erhält.

Unter dem Strich sind das Investitionen, die an die Grenze dessen geht, was finanziell geht. Mehr geht momentan nicht, meine Damen und Herren!

VIII. Wie geht es weiter?

Wir stehen jetzt vor der Frage, was wir tun können, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes herzustellen.

Ich halte die Lücke, die es zu füllen gilt, für ausgleichbar. Einen Baustein haben wir heute schon gelegt. Ich kann mir weitere Bausteine vorstellen, die zum Ziel führen. Auch der Kreis muss sich noch bewegen. Wenn wir es dann noch schaffen, uns in Zurückhaltung zu üben, werden wir das verbleibende Loch sicherlich schließen können.

Zum Schluss möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Rathaus bedanken, die neben Ihnen tagtäglich daran arbeiten, dass unser Gemeinwesen trotz aller Schwierigkeiten gut funktioniert. Kritik gibt es häufig. Wenn es gut läuft, ist das selbstverständlich. Lob hört man leider selten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus und die Mitglieder des Rates würde auch mal ein Lob aus der Bevölkerung für ihre Arbeit gut tun.

Zum Schluss, möchte ich Ihnen meinen Wunsch für Ihre Beratungen mit auf den Weg geben:

Für den Normalbürger bedeutet Sparen:
Er gibt das Geld, was er hat, nicht aus.
Für den Staat bedeutet Sparen:
Er gibt das Geld, was er nicht hat, nicht aus.

© Fritz Süverkrüp
Honorarkonsul

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Stadt Dorsten

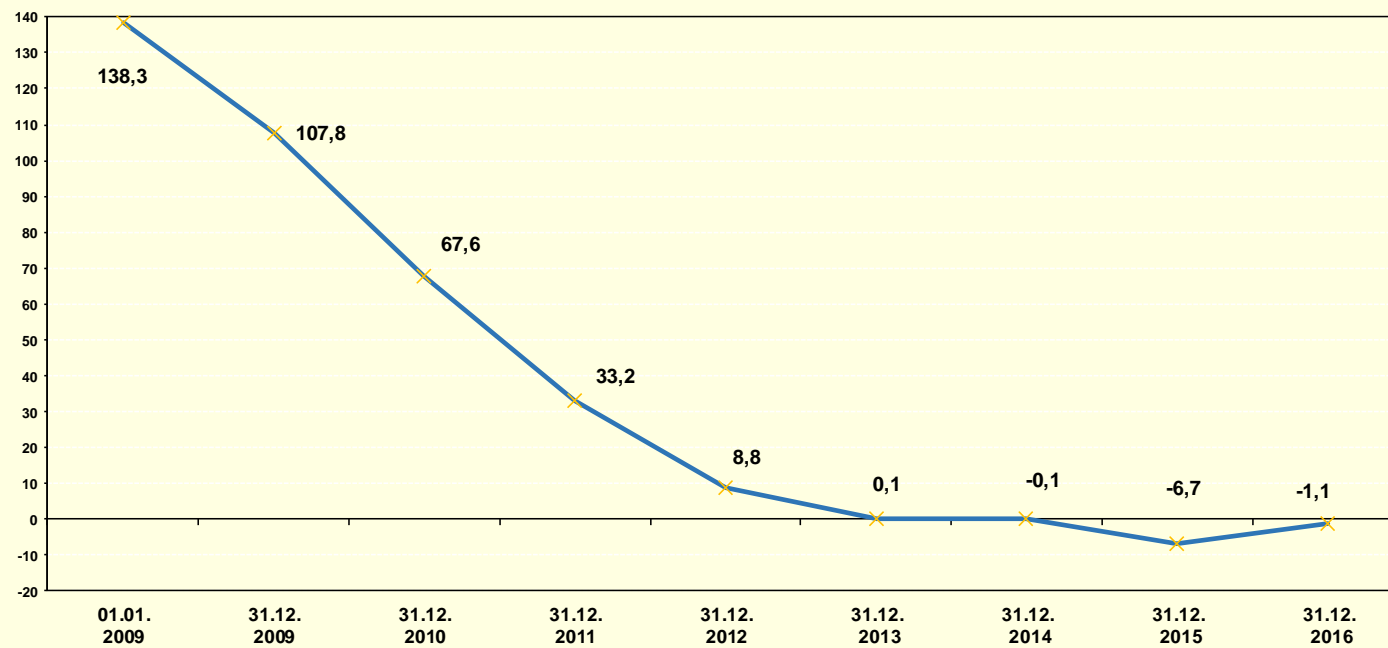
Haushalt 2018

Haushaltssanierungsplan 2018-2021

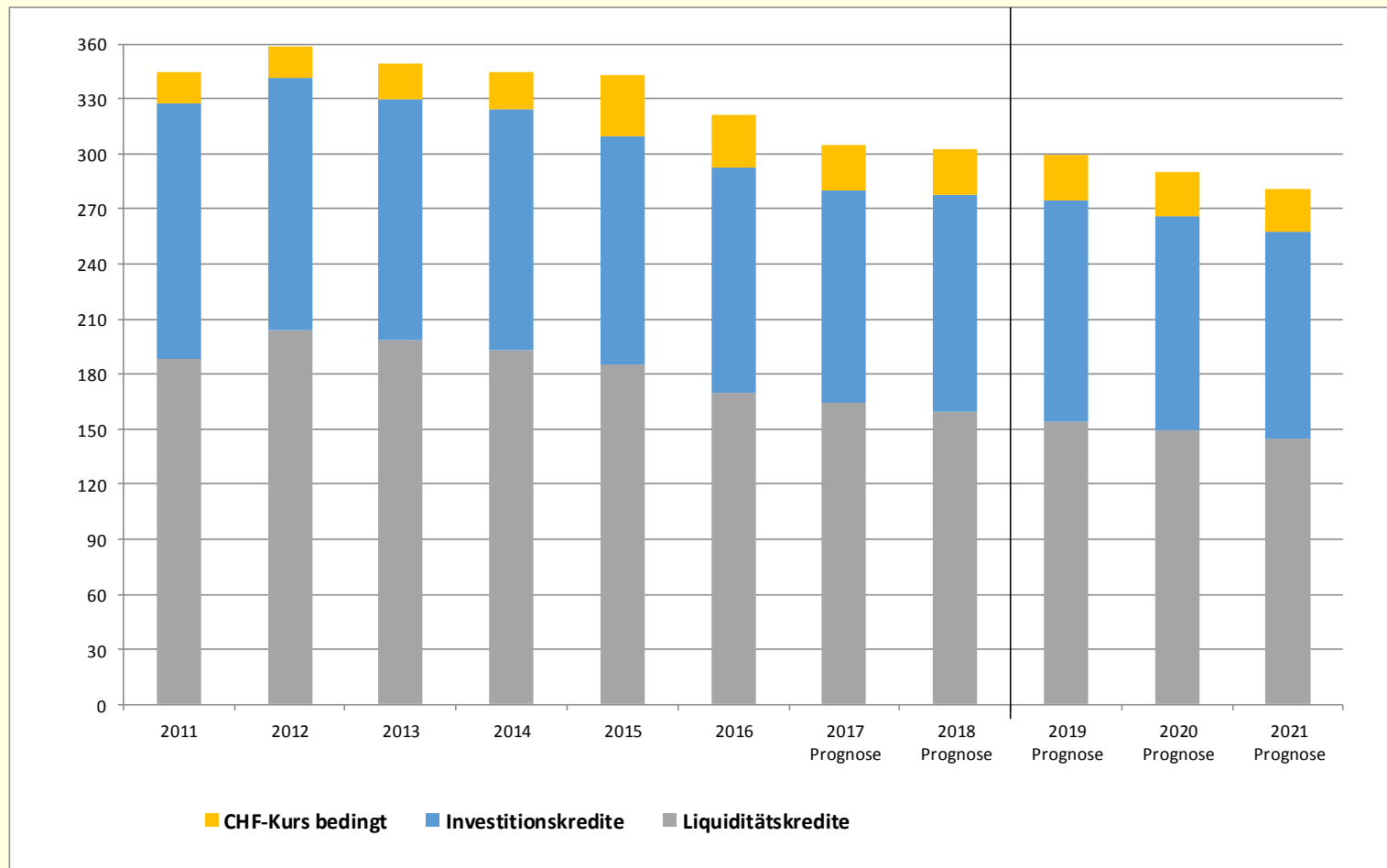


Eigenkapitalentwicklung

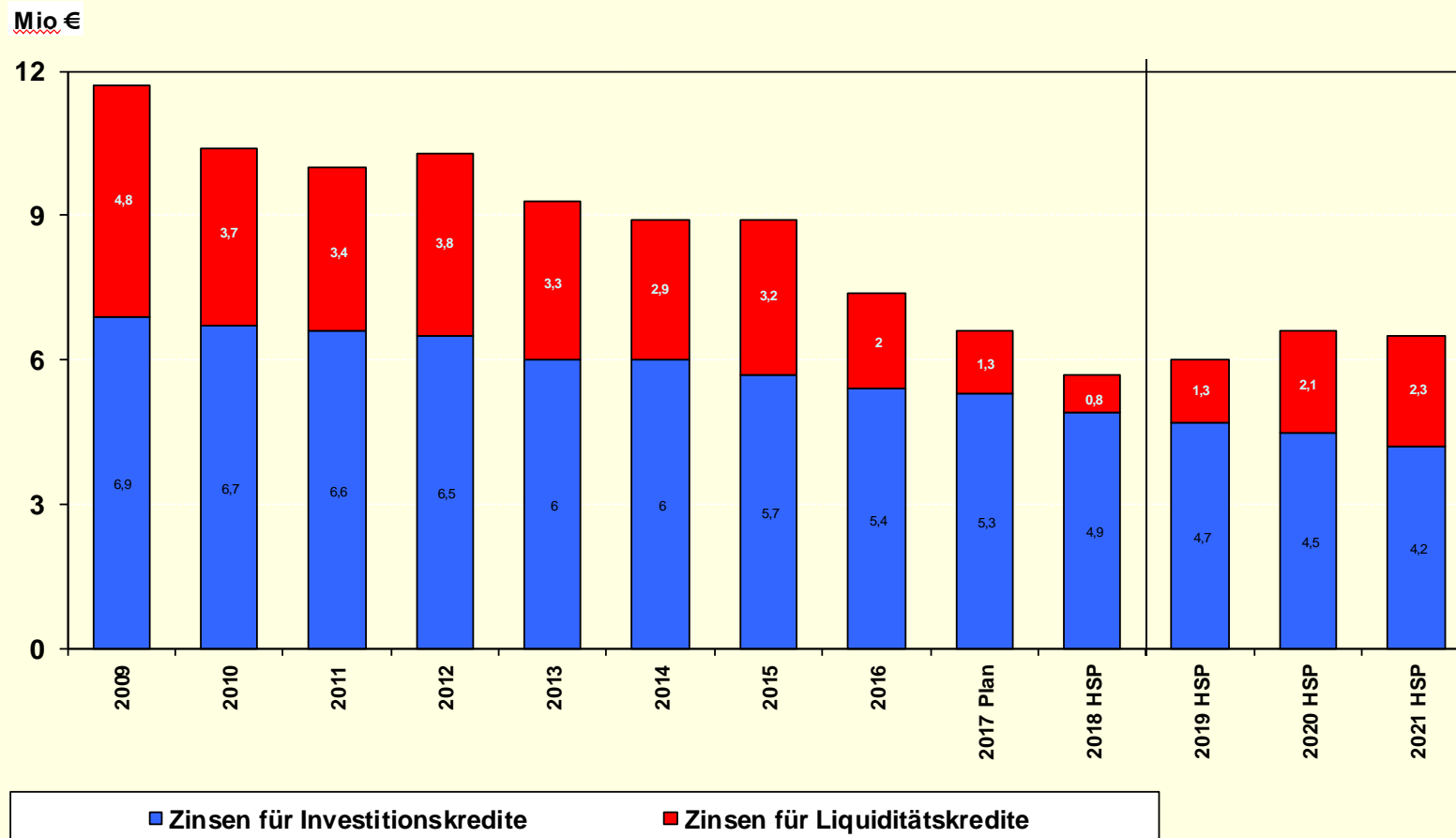
- Beträge in Mio € -



Entwicklung der Schulden



Kreditzinsen



Hubert Große-Ruiken, 13.09.2017

Status der HSP-Maßnahmen

| Status | Anzahl | Zielvolumen 2021 | in % | |
|--|------------|----------------------|---------------|-----------------|
| abgeschlossen | 152 | 7.510.900,00 | 37,20% | } 98,91% |
| Steuererhöhungen | 10 | 8.786.900,00 | 43,52% | |
| planmäßig verlaufend | 21 | 1.373.788,00 | 6,80% | |
| Zinseinsparungen | 1 | 2.298.400,00 | 11,38% | |
| neue Maßnahmen | 1 | - | 0,00% | |
| noch nicht begonnen | 8 | 200.500,00 | 0,99% | } 1,09% |
| aufgegebene oder veränderte Maßnahmen | 28 | - | 0,00% | |
| nicht planmäßig verlaufend | 1 | 20.000,00 | 0,10% | |
| gesamt | 222 | 20.190.488,00 | 100% | |

HSP-Ziele versus HSP-Status

| Jahr | Zielwert 2021 | Status | kompensiert durch höhere Konsolidierungshilfe | offen/ Ziel erreicht |
|------|---------------|------------|---|-------------------------|
| 2017 | 19.405.928 | 17.071.588 | 2.334.340 | 0 |
| 2018 | 20.244.188 | 17.868.088 | 2.376.100 | 0 |
| 2019 | 21.169.488 | 18.595.788 | 2.573.700 | 0 |
| 2020 | 22.040.005 | 19.310.405 | 2.729.600 | 0 |
| 2021 | 23.038.588 | 20.190.488 | 2.848.100 | 0 |

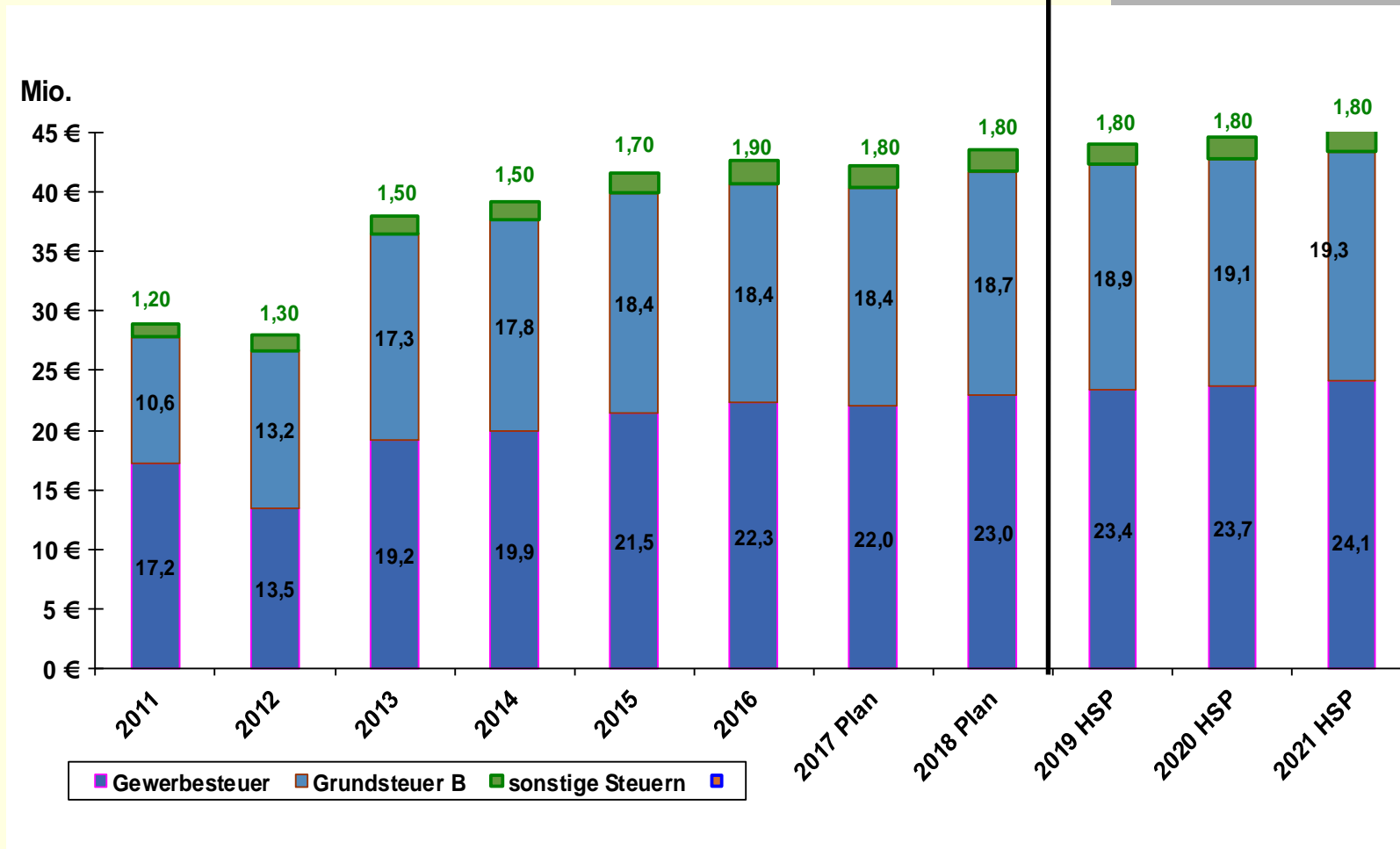
Fehlbedarfsentwicklung Haushaltsentwurf 2018

| Jahr | Fehlbedarf (-) Überschuss lt. HSP 2017 | Entwurf Haushalt 2018 | Differenz |
|------|--|--------------------------|-------------|
| 2017 | 240.634 € | | |
| 2018 | 244.620 € | -672.250 € | -916.870 € |
| 2019 | 52.121 € | 687.732 € | 635.611 € |
| 2020 | 1.278.827 € | 1.407.805 € | 128.978 € |
| 2021 | 56.238 € | 1.806.277 € | 1.750.039 € |

Fazit

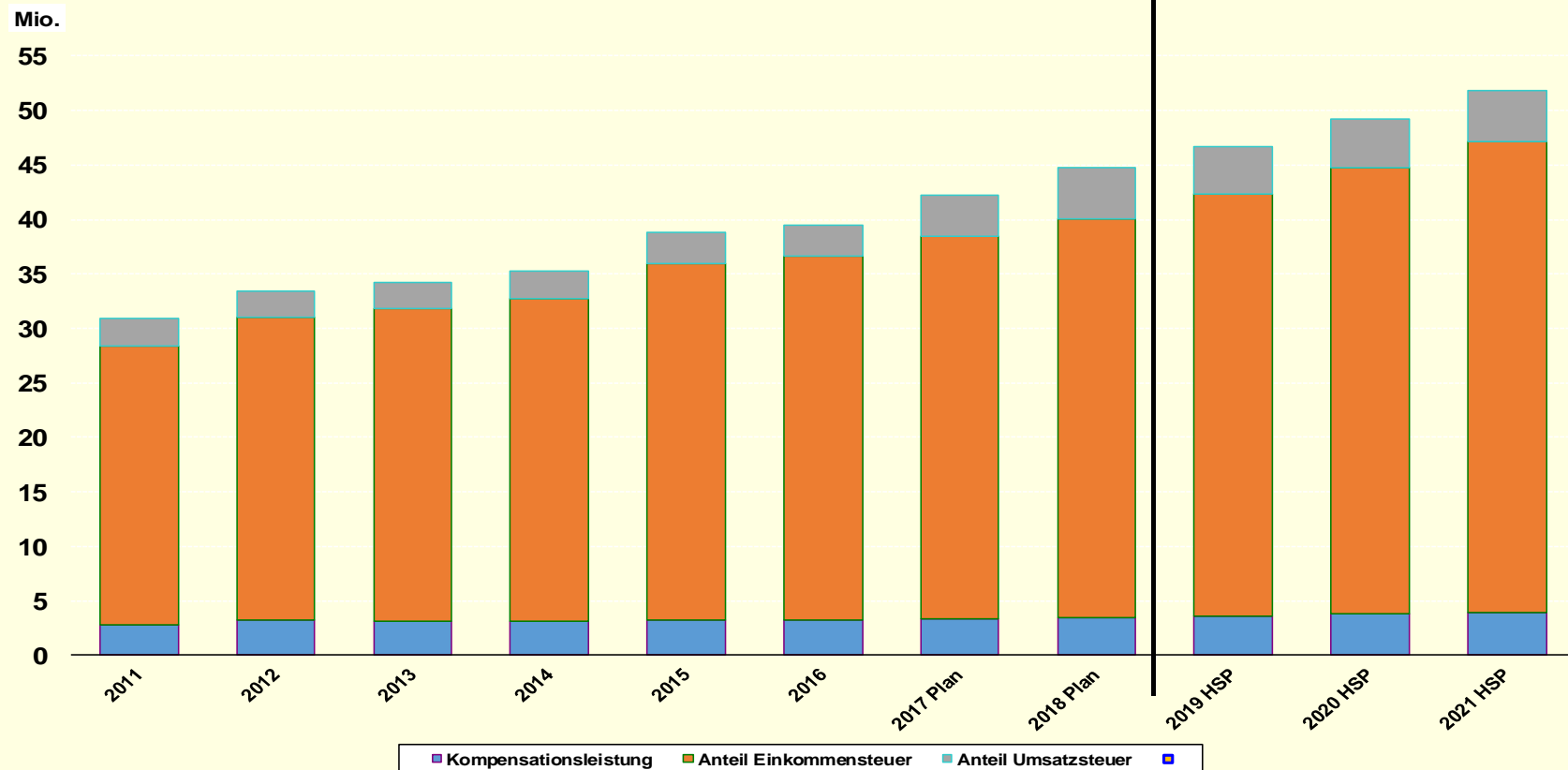
- **Alle Haushalte bis 2021 sind ausgeglichen!**
- **Wir schaffen das Ziel auch für 2018 und üben Zurückhaltung!**
- **Wir müssen die Steuersätze nicht erhöhen!**
- **Wir müssen keine neue Sparrunde einläuten!**

Eigene Steuern

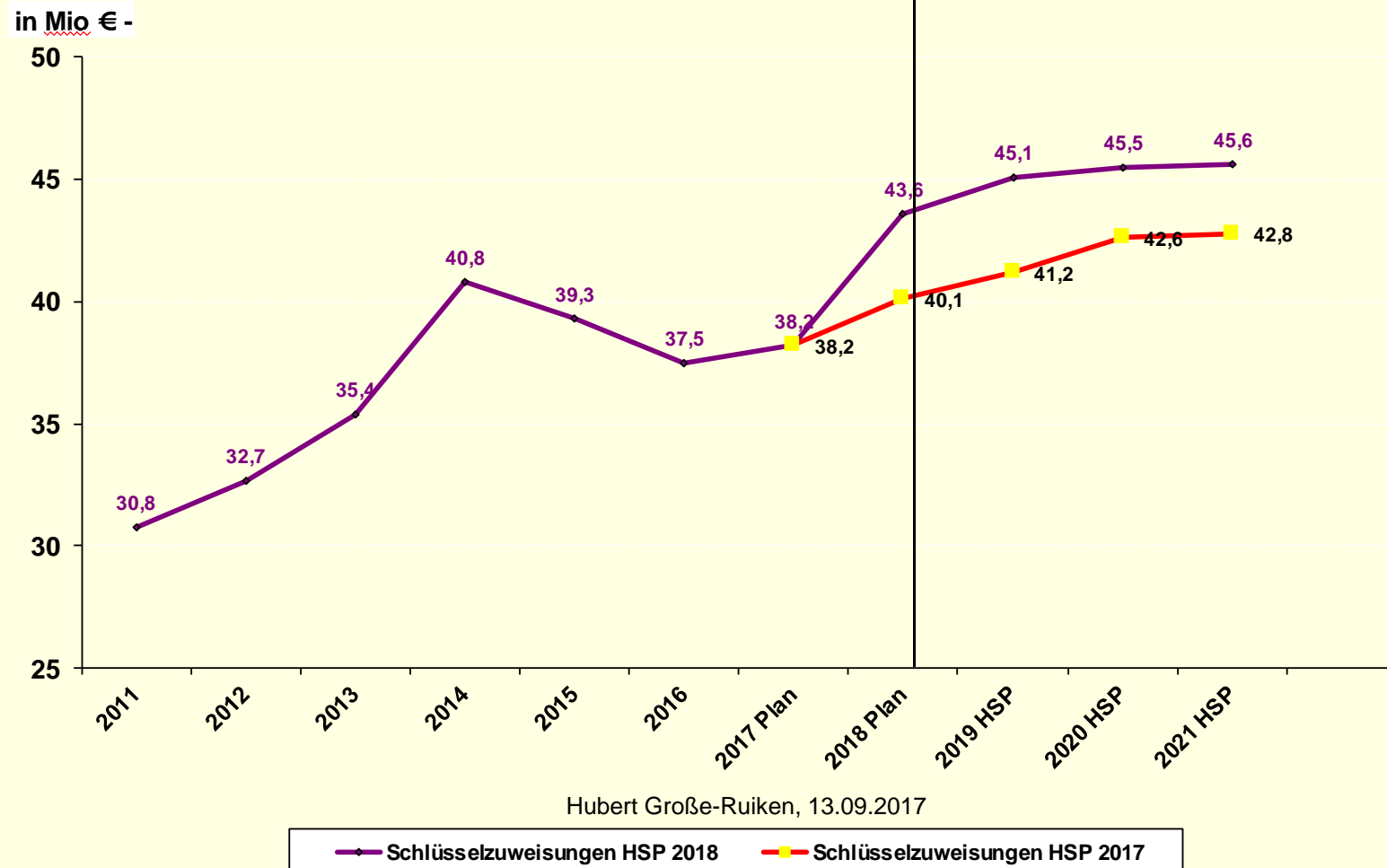


Steuerbeteiligungen

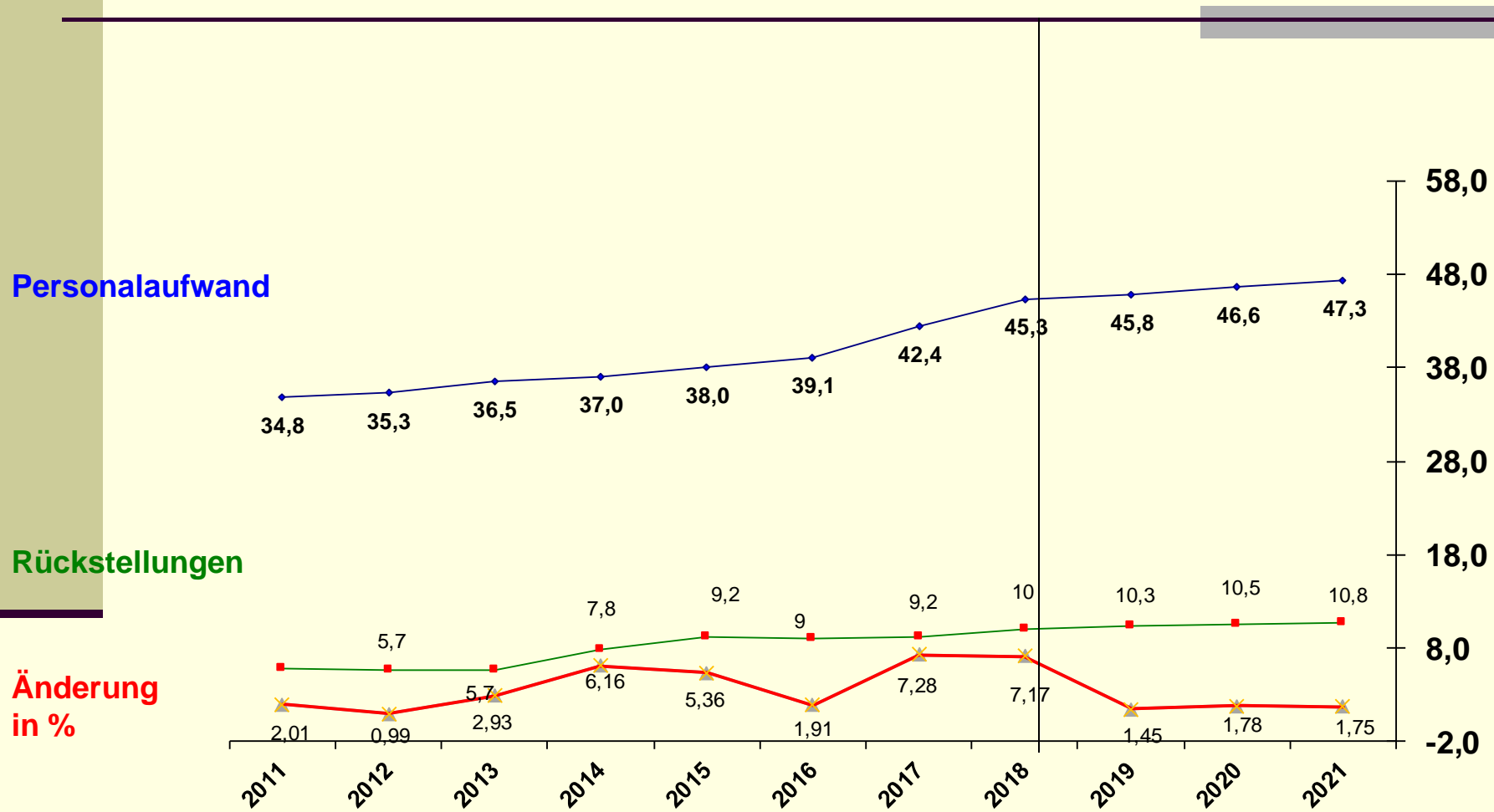
(Einkommen- und Umsatzsteuer, Kompensationsleistung)



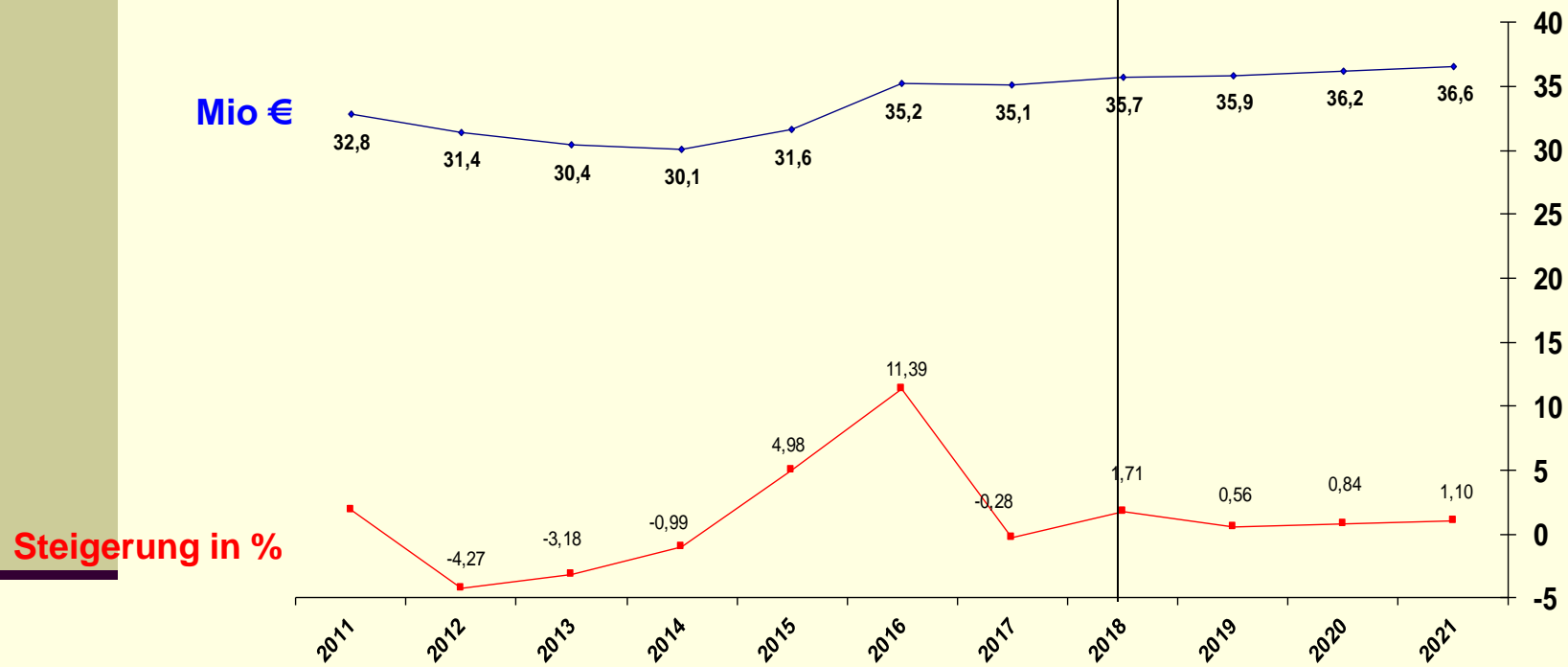
Schlüsselzuweisungen



Personalaufwand

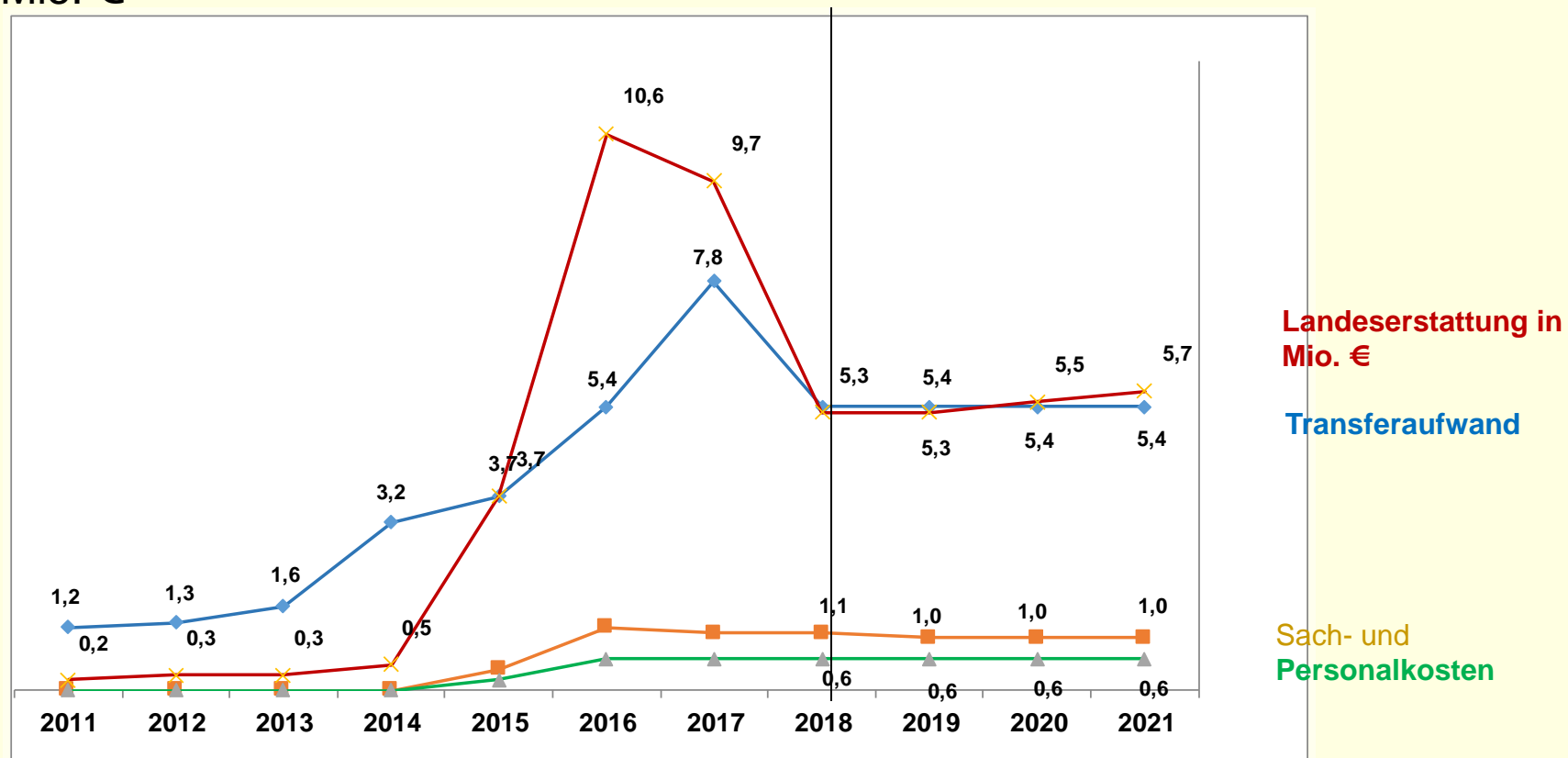


Sachaufwand (ohne Fördermaßnahmen und Asylbewerber)

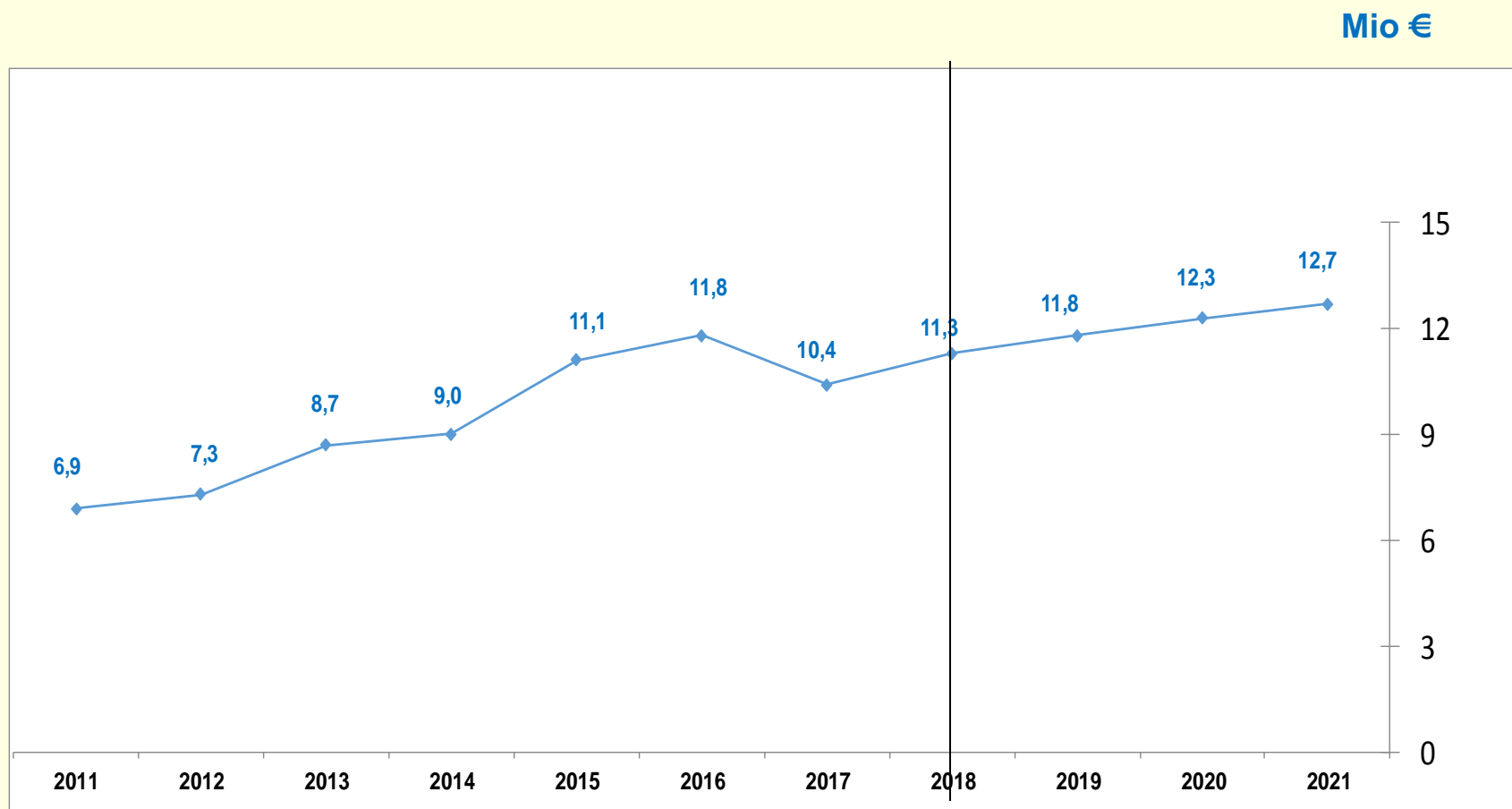


Kosten für Asylbewerber

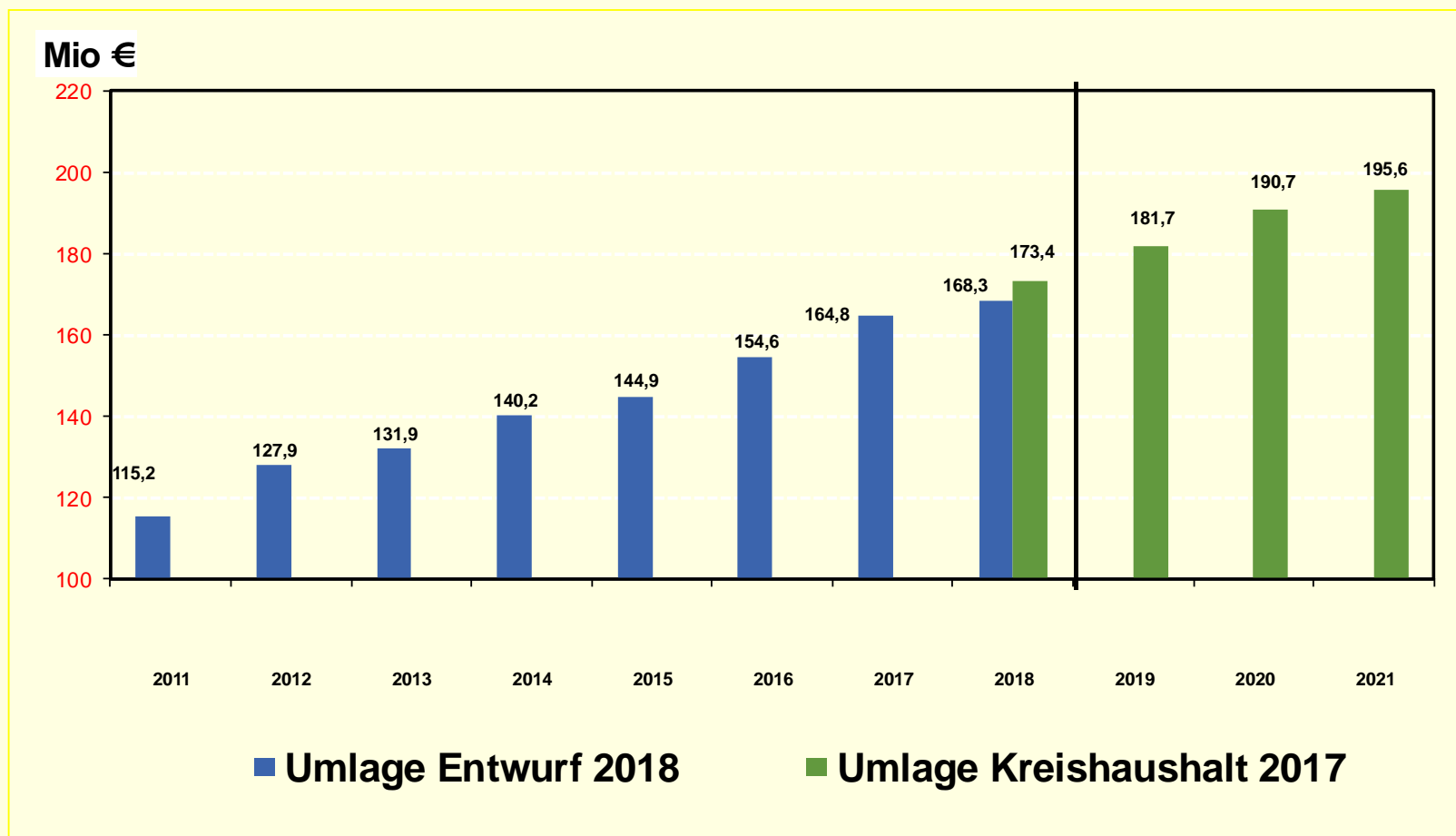
Mio. €



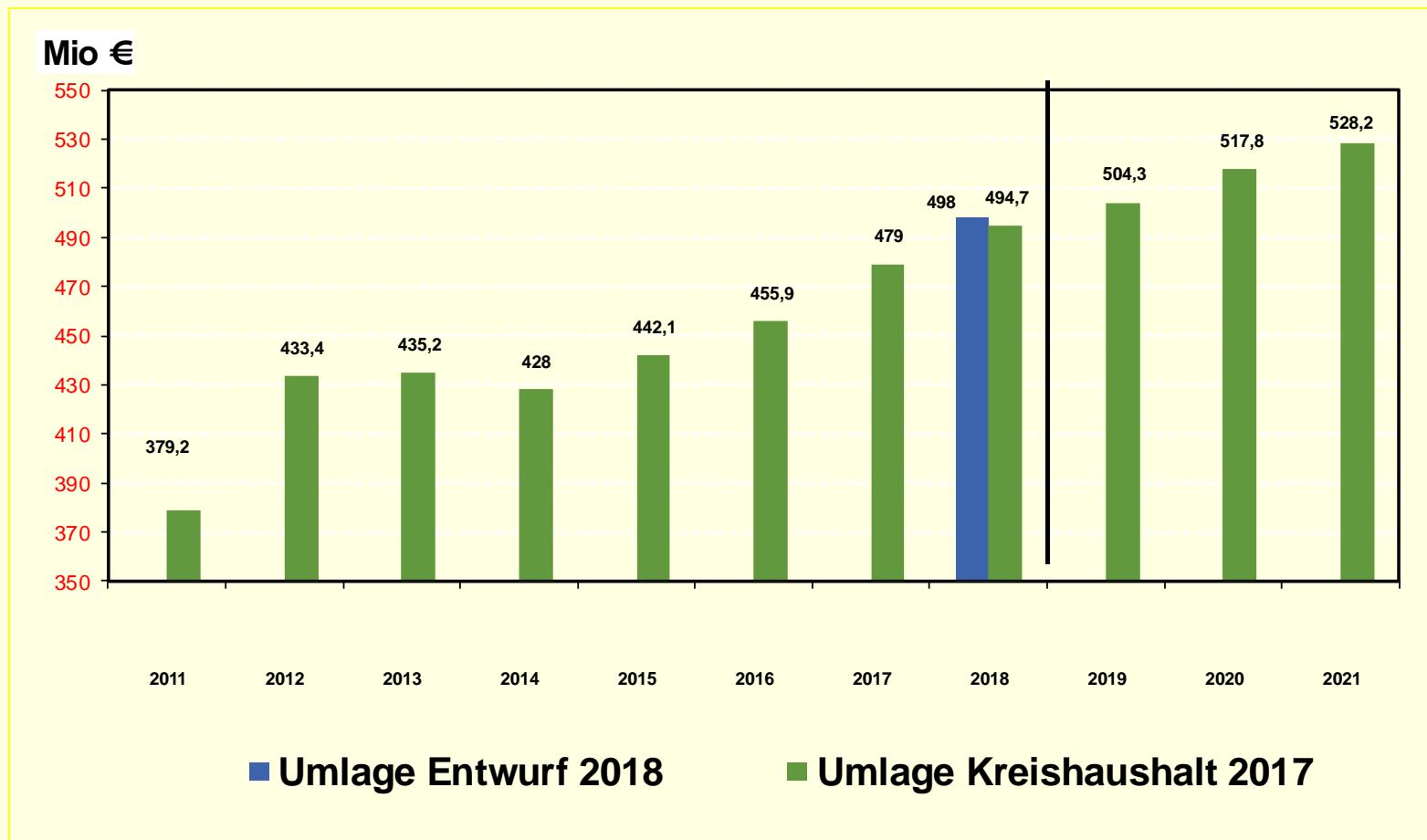
Jugendhilfe



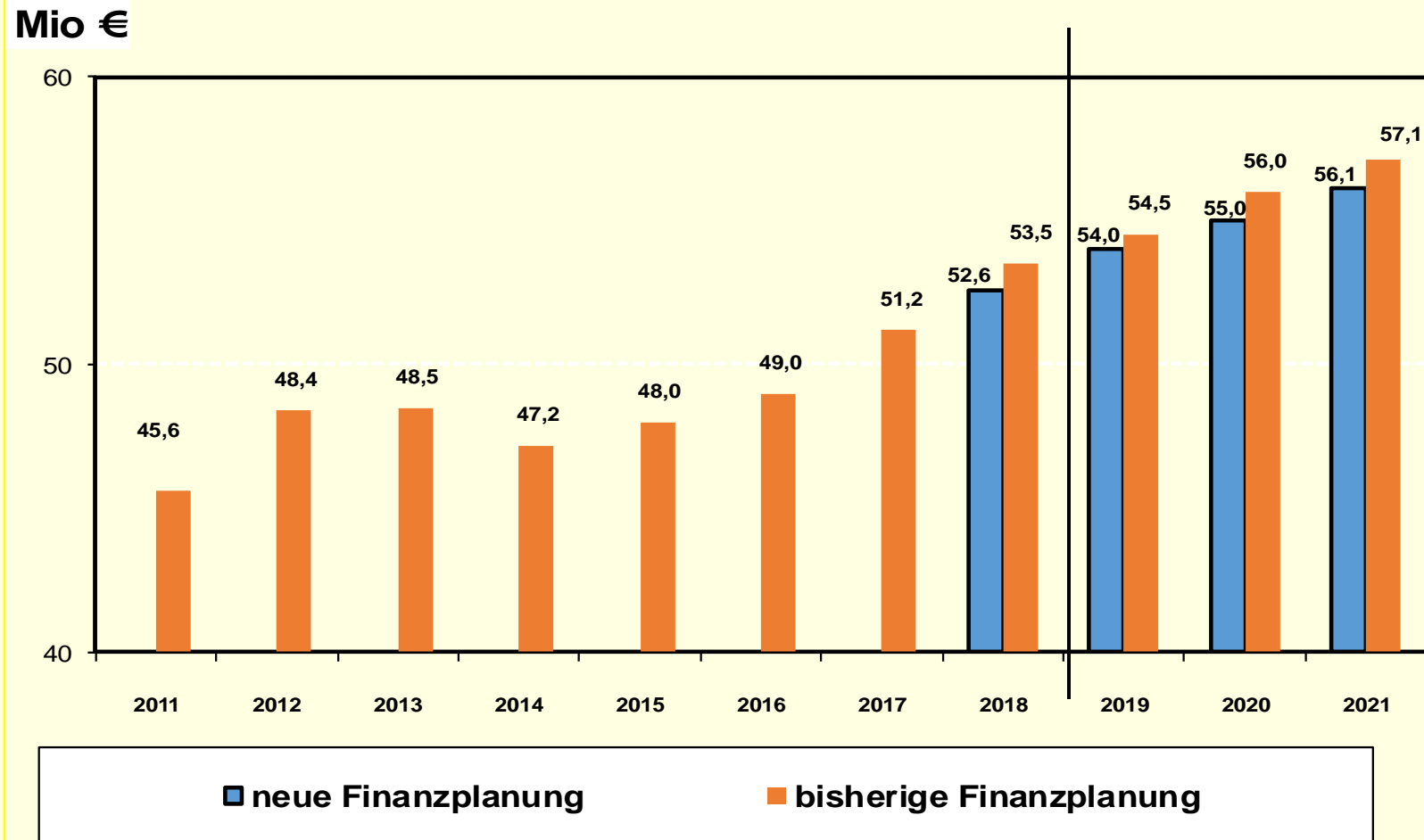
Landschaftsumlage



Kreisumlagen

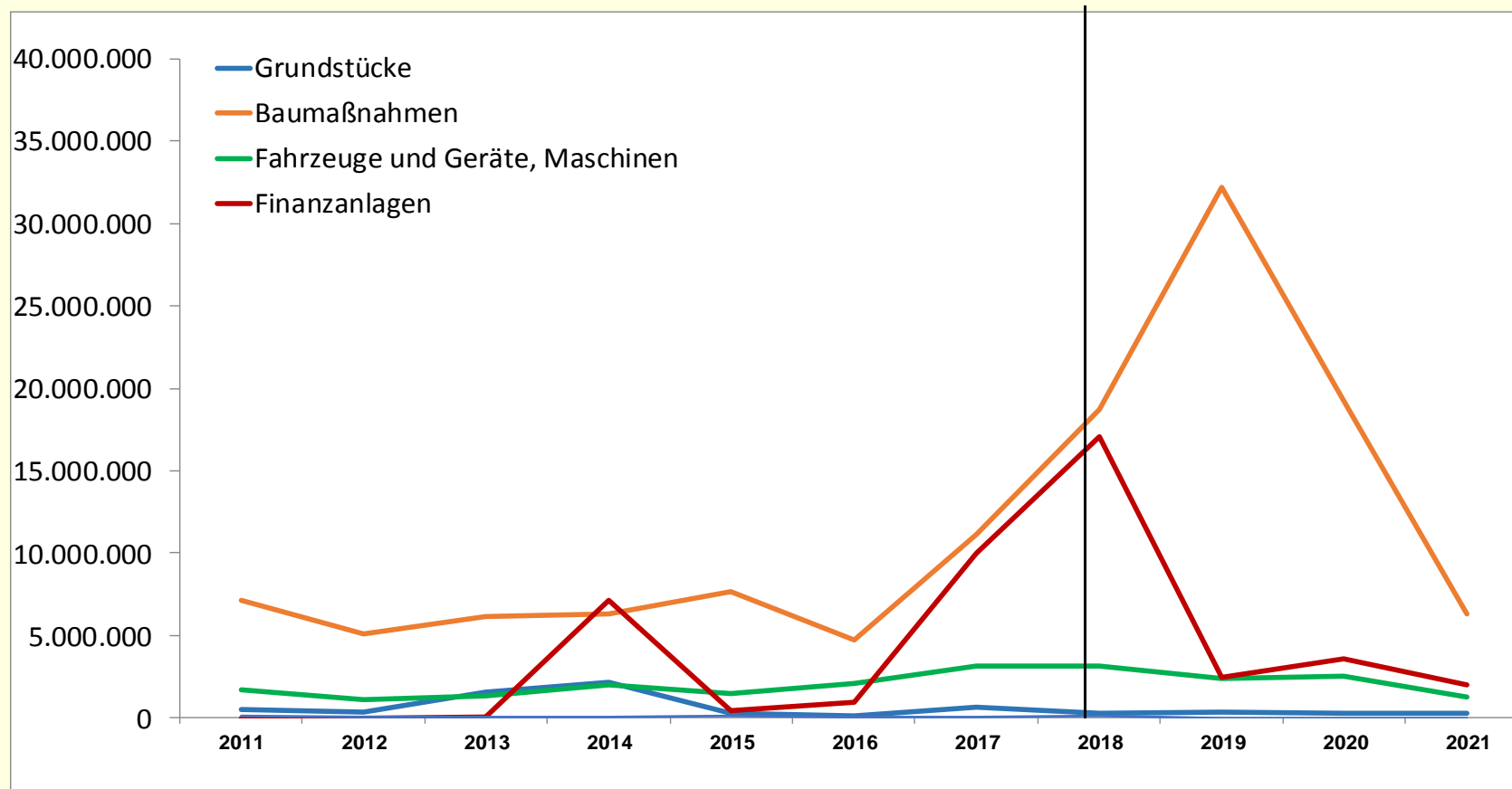


Zahllast Kreisumlagen



Investitionen

Mio. €



Für den Normalbürger bedeutet Sparen:

Er gibt das Geld, was er hat, nicht aus.

Für den Staat bedeutet Sparen:

Er gibt das Geld, was er nicht hat, nicht aus.

© Fritz Süverkrüp

Honorarkonsul

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit